

**No. 27690**

---

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
and  
TURKEY**

**Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol and exchange of notes dated 6 July 1989). Signed at Bonn on 16 April 1985**

*Authentic texts: German, Turkish and English.*

*Registered by Germany on 7 December 1990.*

---

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE  
et  
TURQUIE**

**Convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole et échange de notes en date du 6 juillet 1989). Signée à Bonn le 16 avril 1985**

*Textes authentiques : allemand, turc et anglais.*

*Enregistré par l'Allemagne le 7 décembre 1990.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REPUBLIK TÜRKEI ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung AUF DEM GEBIET DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Türkei –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

**Artikel 2**

**Unter das Abkommen fallende Steuern**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern von Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Republik Türkei

aa) die Einkommensteuer (Gelir vergisi),

- bb) die Körperschaftsteuer (Kurumlar vergisi) (im folgenden als „türkische Steuer“ bezeichnet);
- b) in der Bundesrepublik Deutschland
  - aa) die Einkommensteuer,
  - bb) die Körperschaftsteuer,
  - cc) die Vermögensteuer,
  - dd) die Gewerbesteuer  
(im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die künftig neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren unter dieses Abkommen fallenden Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“ je nach dem Zusammenhang die Republik Türkei oder die Bundesrepublik Deutschland und, für die Zwecke dieses Abkommens im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des nationalen Rechts der Vertragsstaaten sowie deren Festlandssockel, auf dem der betreffende Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte zu seiner Erforschung und zur Ausbeutung seiner Naturschätze ausübt; \*)
- b) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ die unter Artikel 2 fallenden Steuern;
- c) bedeutet der Ausdruck „Person“
  - aa) natürliche Personen,
  - bb) Gesellschaften;
- d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

---

\*) Die Rechte an dem Festlandssockel bestehen ipso facto und ab initio, unabhängig von der Ausübung dieser Rechte

- e) bedeutet der Ausdruck „Sitz“ den gesetzlich bestimmten Sitz (Kanuni merkez. Sitz) im Sinne des türkischen Handelsgesetzbuchs oder der deutschen Abgabenordnung;
- f) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehörige“
  - aa) in bezug auf die Republik Türkei alle natürlichen Personen, die die türkische Staatsangehörigkeit im Sinne des „Gesetzes über die türkische Staatsangehörigkeit“ besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Türkei geltenden Recht errichtet worden sind;
  - bb) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
- g) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
  - aa) auf seiten der Republik Türkei den Minister für Finanzen und Zölle;
  - bb) auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

#### Artikel 4

##### Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohn-

sitzes, ihres ständigen Aufenthalts, ihres Sitzes, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

## Artikel 5

### Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung;
- b) eine Zweigniederlassung;
- c) eine Geschäftsstelle;
- d) eine Fabrikationsstätte;

- e) eine Werkstatt;
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen;
- g) eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeit, aber nur dann, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es im erstgenannten Vertragsstaat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, wenn diese Person

- a) in diesem Staat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, die Tätigkeiten dieser Per-

son beschränken sich auf die in Absatz 3 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen, oder

- b) diese Vollmacht nicht besitzt, aber im erstgenannten Staat gewöhnlich einen Bestand an Gütern oder Waren unterhält, aus dem sie regelmäßig für das Unternehmen Güter oder Waren ausliefert.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte im anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## Artikel 6

### Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, Fischgewässer jeder Art, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

## Artikel 7

### Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für die Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### Seeschifffahrt, Luftfahrt und Straßenverkehr

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem anderen Vertragsstaat aus dem Betrieb von Seeschiffen,



Luftfahrzeugen oder Straßenfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, können nur im erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „internationaler Verkehr“ bedeutet jede Beförderung mit einem Seeschiff, Luftfahrzeug oder Straßenfahrzeug durch ein deutsches oder türkisches Unternehmen, es sei denn, das Seeschiff, Luftfahrzeug oder Straßenfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Türkei betrieben.

### Artikel 9

#### Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich nach Auffassung des erstgenannten Staates bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor, soweit er die Änderung für gerechtfertigt hält. Bei dieser Änderung sind die übrigen

Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 20 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet

- a) Dividenden auf Aktien einschließlich Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung und
- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind, und für die Zwecke der Besteuerung im Vertragsstaat Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende

Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Ungeachtet des Absatzes 2 können Einkünfte aus Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter oder der Einkünfte aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen), die bei der Ermittlung des Gewinns des Schuldners abgezogen werden können, in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dessen Recht besteuert werden.

## Artikel 11

### Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 werden Zinsen, die

- a) aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Türkei oder an die Türkische Zentralbank (Turkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi) gezahlt werden, von der deutschen Steuer befreit;
- b) aus der Republik Türkei stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, an eines ihrer Länder, an die Deutsche Bundesbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau gezahlt werden, von der türkischen Steuer befreit.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind. Der Ausdruck „Zinsen“ umfaßt aber nicht die unter Artikel 10 fallenden Einkünfte.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesen Fällen ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(7) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Bruttobetrag der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung oder für die Veräußerung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme und Aufnahmen für Rundfunk oder Fernsehen, von

Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen gezahlt werden

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesen Fällen ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und gehören die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein

Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufs im anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens können nur in dem Staat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Stammen die im vorstehenden Satz genannten Veräußerungsgewinne aus dem anderen Vertragsstaat und liegt zwischen Erwerb und Veräußerung höchstens ein Jahr, so können sie jedoch im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

#### Artikel 14

##### Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Tätigkeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Tätigkeit im anderen Staat ausgeübt, so können die dafür bezogenen Einkünfte im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für einen im anderen Vertragsstaat ausgeübten freien Beruf bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält und
- b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht im anderen Vertragsstaat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die diese Person im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können Einkünfte, die ein Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland aus einer freiberuflichen Tätigkeit bezieht, nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden, es sei denn, daß die Tätigkeit in der Republik Türkei ausgeübt wird und

- a) der Empfänger sich in der Republik Türkei insgesamt länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält oder
- b) die Vergütungen von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die eine nicht in der Republik Türkei ansässige Person in der Republik Türkei hat.

(4) Wird die Tätigkeit in dieser Weise ausgeübt, so können die Gewinne des Unternehmens in der Republik Türkei in Übereinstimmung mit Artikel 7 besteuert werden. In diesem Fall kann die Republik Türkei die Abzugsteuern bei Einkünften aus einem freien Beruf erheben, soweit sie dazu nach den vorstehenden Bestimmungen berechtigt ist. Der Empfänger hat jedoch das Recht, sich nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen am Ende des betreffenden Steuerjahrs für eine Besteuerung nach dem Nettobetrag zu entscheiden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können die Art der Anwendung dieser Bestimmungen in gegenseitigem Einvernehmen regeln.

(5) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit und die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen sowie andere Tätigkeiten, die besondere fachliche Fähigkeiten erfordern.

## Artikel 15

### Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahrs aufhält und

- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes, Luftfahrzeuges oder Straßenfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet.

### Artikel 16

#### Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

(1) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person oder mehrere solche Personen in ihrer Eigenschaft als nach dem Handelsrecht verantwortliche Leiter einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft beziehen, können im anderen Staat besteuert werden.

### Artikel 17

#### Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft selbständig ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.



(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem in Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird, und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar von dem anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

### **Artikel 18**

#### **Ruhegehälter**

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt auch für Leibrenten, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gezahlt werden.

(2) Ruhegehälter, Leibrenten und andere regelmäßig wiederkehrende oder gelegentliche Zahlungen, die ein Vertragsstaat, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften aufgrund einer Unfallversicherung zahlt, können nur in diesem Staat besteuert werden.

### **Artikel 19**

#### **Öffentliche Funktionen**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 18 können Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gezahlt werden, in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 18 Anwendung.

### **Artikel 20**

#### **Lehrer und Studenten**

(1) Zahlungen, die ein Student oder Lehrling, der Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist und sich vorübergehend im

anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden im anderen Staat nicht besteuert, wenn sie aus Quellen außerhalb des anderen Staates stammen.

(2) Auch Vergütungen, die ein Hochschullehrer oder anderer Lehrer, der Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist und sich vorübergehend im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als zwei Jahre zu einer Lehr- oder wissenschaftlichen Forschungstätigkeit aufhält, für diese Tätigkeit bezieht, werden im anderen Staat nicht besteuert, wenn sie aus Quellen außerhalb des anderen Staates stammen.

(3) Vergütungen, die ein Student oder Praktikant, der Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, für unselbständige Arbeit bezieht, die er im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines Kalenderjahrs ausübt, um praktische Erfahrungen im Zusammenhang mit seinem Studium oder seiner Ausbildung zu gewinnen, werden im anderen Staat nicht besteuert.

## **Artikel 21**

### **Andere Einkünfte**

(1) Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen, können in diesem Staat besteuert werden.

(2) Einkünfte, die aus Quellen außerhalb der beiden Vertragsstaaten stammen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person, der diese Einkünfte zufließen, ansässig ist.

## **Artikel 22**

### **Vermögen**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe, Luftfahrzeuge oder Straßenfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe, Luftfahrzeuge und Straßenfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Sitz des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

### Artikel 23

#### Vermeidung der Doppelbesteuerung im Ansässigkeitsstaat

(1) Bei in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Türkei sowie die in der Republik Türkei gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach den vorstehenden Artikeln in der Republik Türkei besteuert werden können oder nur dort besteuert werden können; die Bundesrepublik Deutschland kann jedoch bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte die Einkünfte und Vermögenswerte berücksichtigen, die nach den vorstehenden Artikeln in der Republik Türkei besteuert werden können. Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen dieses Buchstabens nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Republik Türkei ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 10 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, vorausgesetzt, daß die darauf entfallenden Ausschüttungen, falls solche gezahlt werden, nach dem vorhergehenden Satz von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen wären.
- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Republik Türkei zu erhebende deutsche Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die türkische Steuer angerechnet, die nach türkischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- aa) Dividenden im Sinne des Artikels 10, auf die Buchstabe a keine Anwendung findet;
- bb) Zinsen im Sinne des Artikels 11 und Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12;
- cc) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, die nach Artikel 13 Absatz 3 in der Republik Türkei besteuert werden können;
- dd) Einkünfte, die nach Artikel 14 in der Republik Türkei besteuert werden können;
- ee) in Artikel 19 Absatz 1 genannte Zahlungen, die an Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden;
- ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 15 Absatz 3 und der Artikel 16, 17, 18 und 21 Absatz 1.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten deutschen Steuer nicht übersteigen, der diesen Einkünften entspricht.

- c) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Türkei zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland nicht aus.
- d) Ist der Steuersatz für die unter Buchstabe b genannten Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren durch Sonderbestimmungen des türkischen Rechts zur Förderung der türkischen Wirtschaft auf weniger als 10 vom Hundert ermäßigt worden, so wird auf die in der Bundesrepublik Deutschland von diesen Einkünften gezahlte Steuer unter den Voraussetzungen des Buchstabens b ein Betrag von mindestens 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Einkünfte angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Steuerbetrag nicht übersteigen, der in der Republik Türkei ohne diese Sonderbestimmungen erhoben worden wäre.

(2) Bei in der Republik Türkei ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Vorbehaltlich des Buchstabens b werden von der Bemessungsgrundlage der türkischen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sowie die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach den vorstehenden

Artikeln in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können oder nur dort besteuert werden können; die Republik Türkei kann jedoch bei der Festsetzung des Steuersatzes für die nicht so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte die Einkünfte und Vermögenswerte berücksichtigen, die nach den vorstehenden Artikeln in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können. Auf Dividenden sind die vorstehenden Bestimmungen dieses Buchstabens nur dann anzuwenden, wenn die Dividenden an eine in der Republik Türkei ansässige Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 10 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören.

- b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Bundesrepublik Deutschland zu erhebende türkische Einkommensteuer und Körperschaftsteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des türkischen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die deutsche Steuer angerechnet, die nach deutschem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für
  - aa) Dividenden im Sinne des Artikels 10, auf die Buchstabe a keine Anwendung findet;
  - bb) Zinsen im Sinne des Artikels 11 und Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12;
  - cc) Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, die nach Artikel 13 Absatz 3 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können;
  - dd) Einkünfte, die nach Artikel 14 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können;
  - ee) in Artikel 19 Absatz 1 genannte Zahlungen, die an Staatsangehörige der Republik Türkei geleistet werden;
  - ff) Einkünfte im Sinne des Artikels 15 Absatz 3 und der Artikel 16, 17, 18 und 21 Absatz 1.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten türkischen Steuer nicht übersteigen, der diesen Einkünften entspricht.

- c) Verwendet eine in der Republik Türkei ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des Steuerrechts der Republik Türkei nicht aus.

- d) Ist der Steuersatz für die unter Buchstabe b genannten Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren durch Sonderbestimmungen des deutschen Rechts zur Förderung der deutschen Wirtschaft auf weniger als 10 vom Hundert ermäßigt worden, so wird auf die in der Republik Türkei von diesen Einkünften gezahlte Steuer unter den Voraussetzungen des Buchstabens b ein Betrag von mindestens 10 vom Hundert des Bruttobetrags dieser Einkünfte angerechnet. Der anzurechende Betrag darf aber den Steuerbetrag nicht übersteigen, der in der Bundesrepublik Deutschland ohne diese Sonderbestimmungen erhoben worden wäre.

## Artikel 24

### Gleichbehandlung

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

(3) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen aufgrund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

## Artikel 25

### Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind. Insbesondere können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gemeinsam beraten, um eine Einigung über folgende Punkte zu erzielen:

- a) die übereinstimmende Zurechnung der gewerblichen Gewinne an ein Unternehmen eines Vertragsstaats und an seine im anderen Staat gelegene Betriebsstätte;
- b) die übereinstimmende Gewinnabgrenzung bei verbundenen Unternehmen aufgrund des Artikels 9 oder
- c) die übereinstimmende Ermittlung der Quelle bestimmter Einkunftsteile.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

(5) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die im anderen Vertragsstaat eine unselbständige Tätigkeit ausüben, können bei der Regelung ihrer Steuerangelegenheiten die Hilfe von Beamten in Anspruch nehmen, die von einer dazu befugten Behörde ihres Heimatstaats in den anderen Vertragsstaat entsandt werden; die Befugnisse und Aufgaben dieser Behörden und Beamten bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats. Unterliegen

diese Tätigkeiten im anderen Vertragsstaat der amtlichen Genehmigung, so können sie nur in Zusammenarbeit mit Personen oder Behörden ausgeübt werden, die nach dem Recht des anderen Vertragsstaats zur Ausübung einer solchen Tätigkeit befugt sind.

## Artikel 26

### Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens und des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung mit dem Abkommen in Einklang steht. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden; sie dürfen nur den Personen oder Behörden, die mit der Veranlagung oder Erhebung der unter das Abkommen fallenden Steuern und den diesbezüglichen Rechtsbehelfen befaßt sind, sowie den Justizbehörden und Gerichten für Strafverfahren zugänglich gemacht werden, die sich auf die obengenannten Steuern beziehen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

## Artikel 27

### Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen, konsularischer Vertretungen und internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.



## Artikel 28

### Land Berlin

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Türkei innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt

## Artikel 29

### Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, und seine Bestimmungen finden wie folgt Anwendung:

- a) in der Republik Türkei auf die Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 finden die Bestimmungen des Artikels 8 des Abkommens über die Seeschifffahrt und Luftfahrt Anwendung.

- a) auf die Steuern, die auf Einkünfte entfallen, welche nach dem 1. Januar 1983 erzielt werden, und
- b) auf die Zahlung noch nicht erhobener Steuern, die auf Einkünfte entfallen, welche bis zum 1. Januar 1983 erzielt worden sind.

### Artikel 30

#### Außerkräfttreten

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbegrenzte Zeit in Kraft.

(2) Vom 1. Januar des dritten Jahres an, das auf das Jahr der Ratifikation des Abkommens folgt, kann jeder Vertragsstaat während der ersten sechs Monate eines Kalenderjahrs das Abkommen auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall wird das Abkommen nicht mehr angewendet

- a) in der Republik Türkei auf die Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird;
- b) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern für die Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird.

## Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen haben die Unterzeichneten vereinbart, daß die folgenden Bestimmungen Bestandteil des Abkommens sind.

### 1. Zu Artikel 5 Absätze 4 und 5

Es wird davon ausgegangen, daß ein im übrigen unabhängiger Vertreter seine Eigenschaft als unabhängiger Vertreter nicht allein deshalb verliert, weil er einen Bestand an Gütern oder Waren unterhält, aus dem er Güter oder Waren für ein Unternehmen unter Bedingungen ausliefert, wie sie zwischen unabhängigen Unternehmen üblich sind.

### 2. Zu Artikel 7 Absatz 1

Es wird davon ausgegangen, daß in den Fällen, in denen ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Staat eine Betriebsstätte hat und das Unternehmen

- a) im anderen Staat Güter oder Waren gleicher oder ähnlicher Art verkauft, wie sie auch durch die Betriebsstätte verkauft werden, oder
- b) im anderen Staat eine sonstige Tätigkeit gleicher oder ähnlicher Art ausübt, wie sie auch in der Betriebsstätte ausgeübt wird,

die Verkäufe und die sonstige Tätigkeit im anderen Vertragsstaat im Rahmen der Gewinne der Betriebsstätte besteuert werden, soweit die Verkäufe und die sonstige Tätigkeit durch die Betriebsstätte bewirkt worden sind; diese Besteuerung kann durch eine künstliche Gestaltung der Verkäufe nicht verhindert werden.

### 3. Zu Artikel 7 Absätze 1 und 2

Es wird davon ausgegangen, daß

- a) vorbehaltlich der Nummer 2 dieses Protokolls in den Fällen, in denen ein Unternehmen eines Staates im anderen Staat durch eine dort gelegene Betriebsstätte Güter oder Waren verkauft oder seine Tätigkeit ausübt, die Gewinne der Betriebsstätte nicht unter Zugrundelegung der Gesamteinnahmen des Unternehmens, sondern nur unter Zugrundelegung der Vergütungen ermit-

telt werden, die der faktischen Tätigkeit der Betriebsstätte im Zusammenhang mit den Verkäufen oder der Unternehmenstätigkeit zuzurechnen sind;

- b) bei Verträgen über die Überwachung, die Lieferung, den Einbau oder die Errichtung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder Baulichkeiten oder bei öffentlichen Bauarbeiten, wenn das Unternehmen eine Betriebsstätte hat, die Gewinne der Betriebsstätte nicht unter Zugrundelegung des gesamten Vertragswerts, sondern nur unter Zugrundelegung desjenigen Teils des Vertrags ermittelt werden, der tatsächlich von der Betriebsstätte in dem Staat ausgeführt wird, in dem die Betriebsstätte liegt. Die Gewinne, die auf den Teil des Vertrags entfallen, der vom Sitz des Unternehmens ausgeführt wird, können nur in dem Staat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

#### 4. Zu Artikel 7 Absatz 3

Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden folgende Zahlungen nicht zum Abzug zugelassen: Zinsen, Lizenzgebühren, Provisionen und andere ähnliche Zahlungen an das Unternehmen selbst oder an andere Betriebsstätten für die Beteiligung an allen oder bestimmten Verlusten oder Aufwendungen des Unternehmens selbst oder anderer Betriebsstätten im Ausland. Die Betriebsstätte kann jedoch nach Artikel 7 Absatz 3 des Abkommens die für die Betriebsstätte entstandenen Zinsen, Lizenzgebühren, Provisionen und anderen ähnlichen Zahlungen (einschließlich der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung) abziehen.

#### 5. Zu Artikel 12

Es wird davon ausgegangen, daß Vergütungen für selbständige Arbeit (einschließlich der Erbringung von Dienstleistungen) keine Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12 Absatz 3 sind.

#### 6. Zu Artikel 15

Werden Arbeitskräfte von einem gewerbsmäßigen Arbeitnehmersverleiher im Sinne des Gesetzes eines Vertragsstaats oder von einer Person, die als einem solchen Verleiher gleichgestellt gilt (Vermittler), an ein Unternehmen (Entleiher) verliehen, so gelten diese Arbeitskräfte im Sinne dieses Abkommens als Arbeitnehmer des Entleihers und nicht des Vermittlers.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Bonn, am 16. April 1985 in zwei Urschriften, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des türkischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Dr. ANDREAS MEYER-LANDRUT

Dr. HANSJÖRG HÄFELE

Für die Republik Türkei:

MESUT YILMAZ

---

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

FEDERAL ALMANYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA GELİR VE SERVET ÜZERİNDEN ALINAN VERGİLERDE ÇİFTE VERGİLENDİRMEYİ ÖNLEME ANLAŞMASI

FEDERAL ALMANYA CUMHURİYETİ

ve

TÜRKİYE CUMHURİYETİ

Gelir servet üzerinden alınan vergilerde çifte vergilendirmeyi önleyen bir Anlaşma yapmak isteğiyle

AŞAĞIDAKİ ANLAŞMAYA VARMIŞLARDIR:

MADDE 1

KİŞİLERE İLİŞKİN KAPSAM

Bu Anlaşma Akit Devletlerden birinin veya her ikisininin mukimi olan kişilere uygulanacaktır.

MADDE 2

KAVRANAN VERGİLER

1. Bu Anlaşma, hangisinde ne şekilde alındığına bakılmaksızın, bir Akit Devletin kendisi, eyaleti, politik alt bölümü veya bunların mahallî idarelerinde gelir ve servet üzerinden alınan vergilere uygulanacaktır.

2. Menkul ve gayrimenkul varlıkların devrinden doğan kazançlara uygulanan vergiler ile ücretin toplam tutarı üzerinden müteşebbisce ödenen vergiler ve bunun yanısıra sermaye değer artışlarına uygulanan vergiler dahil olmak üzere, toplam gelir, toplam servet veya gelirin ya da servetin unsurları üzerinden alınan tüm vergiler, gelirden ve servetten alınan vergiler olarak kabul edilecektir.

3. Anlaşmanın uygulanacağı şu anda geçerli olan vergiler özellikle,

a) Türkiye'de:

aa) Gelir Vergisi,

bb) Kurumlar Vergisi,

(bundan böyle "Türk vergisi" denilecektir);

b) Almanya'da,

aa) Gelir Vergisi (Einkommensteuer),

bb) Kurumlar Vergisi (Körperschaftsteuer),

cc) Servet Vergisi (Vermögensteuer) ve

dd) Ticaret Vergisi (Gewerbesteuer)dir.

(bundan böyle "Alman Vergisi" denilecektir).

4. Anlaşma aynı zamanda, mevcut vergilere ilâve olarak veya onların yerine alınan ve mevcut vergilerle aynı nitelikte olan veya onlara önemli ölçüde benzeyen vergilere de uygulanacaktır. Akit Devletlerin yetkili makamları, bu anlaşmanın kapsamına giren vergilere ilişkin mevzuat değişikliklerini birbirlerine bildireceklerdir.

## MADDE 3

## GENEL TANIMLAR

1. Bu Anlaşmada, metin aksini öngörmedikçe:

(a) "Bir Akit Devlet" ve "diğer Akit Devlet" terimleri metnin gereğine göre, Türkiye Cumhuriyeti veya Federal Almanya Cumhuriyeti anlamına gelir ve söz konusu terimler işbu anlaşmanın amaçları için coğrafi bir anlamda kullanıldığı takdirde, Akit Devletlerin ulusal kanunlarının yürürlükte olduğu alan ile ilgili Akit Devletin uluslararası hukuka göre, araştırma ve doğal kaynaklarını işletme amaçlarıyla üzerinde egemen haklar kullandığı kıta sahanlıklarını kapsar; x)

(b) "Vergi" terimi, bu Anlaşmanın 2'nci maddesinde kavranan herhangi bir vergi anlamına gelir;

(c) "Kişi" terimi:

(aa) Herhangi bir gerçek kişiyi,

(bb) Herhangi bir şirketi ifade eder;

(d) "Şirket" terimi, her tür tüzel kişi veya vergileme yönünden tüzel kişi olarak muamele gören her tür şahsiyet anlamına gelir;

(e) "Kanuni merkez" terimi sırasıyla Türk Ticaret Kanunu veya Alman Mali Kanunu kapsamında yer alan hukuki yerleşim yeri (Sitz) anlamına gelir;

---

x) Kıta sahanlığı üzerindeki haklar ipso facto ve ab initio mevcut olup, bu hakların kullanılması şartına bağlı değildir.



(f) "Vatandaşlar" terimi:

(aa) Türkiye Cumhuriyeti yönünden, Türk vatandaşlığını "Türk Vatandaşlık Kanunu" gereğince elde eden bütün gerçek kişileri ve Türkiye Cumhuriyetinde yürürlükte olan mevzuat gereğince statü kazanan bütün hükmi şahısları, ortaklıkları ve dernekleri;

(bb) Federal Almanya Cumhuriyeti yönünden, Federal Almanya Cumhuriyeti Anayasasının 116'ncı maddesinin 1'nci fıkrası kapsamına giren bütün Almanları ve Federal Almanya Cumhuriyetinde yürürlükte olan mevzuat gereğince statü kazanan bütün hükmi şahısları, ortaklıkları ve dernekleri ifade eder;

(g) "Bir Akit Devletin teşebbüsü" ve "diğer Akit Devletin teşebbüsü" terimleri sırasıyla, bir Akit Devletin mukimi tarafından işletilen teşebbüs ve diğer Akit Devlet mukimi tarafından işletilen teşebbüs anlamına gelir;

(h) "Yetkili makam" terimi:

(aa) Türkiye Cumhuriyetinde Maliye ve Gümrük Bakanını,

(bb) Federal Almanya Cumhuriyetinde Federal Maliye Bakanını ifade eder.

2. Bir Akit Devletin bu Anlaşmayı uygulaması bakımından, metin aksini öngörmedikçe, tanımlanmamış her terim, bu Anlaşmaya konu teşkil eden vergilerin yer aldığı Devletin mevzuatında öngörülen anlamı taşır.

## MADDE 4

## MALİ İKAMETGAH

1. Bu Anlaşmanın amaçları bakımından, "bir Akit Devletin mukimi" terimi, o Devletin mevzuatı gereğince ikametgâh, ev, kamuni merkez, iş merkezi veya benzer yapıda diğer herhangi bir kriter nedeniyle vergi mükellefiyeti altına giren kişi anlamına gelir.

2. 1 nci fıkra hükümleri dolayısıyla bir gerçek kişi her iki Akit Devlette de mukim olduğunda, bu kişinin statüsü aşağıdaki kurallara göre belirlenecektir.

a) Bu kişi, daimi olarak kalabileceği bir meskenin bulunduğu Devletin mukimi kabul edilecektir. Eğer bu kişinin her iki Devlette de daimi olarak kalabileceği bir meskeni varsa, bu kişi kişisel ve ekonomik ilişkilerinin daha yakın olduğu Devletin mukimi kabul edilecektir (hayati menfaatlerin merkezi);

b) Eğer kişinin hayati menfaatlerinin merkezinin yer aldığı Devlet saptanamazsa veya kişinin her iki Akit Devlette de daimi olarak kalabileceği bir meskeni yoksa, bu kişi kalmayı adet edindiği evin bulunduğu Devletin mukimi kabul edilecektir;

c) Eğer kişinin her iki Akit Devlette de kalmayı adet edindiği bir ev varsa veya her iki Devlette de böyle bir ev sözkonusu değilse, bu kişi vatandaşı bulunduğu Devletin mukimi kabul edilecektir;

d) Eğer kişi her iki Devletin de vatandaşıysa veya aksine her iki Devletin de vatandaşı değilse, Akit Devletlerin yetkili makamları sorunu anlaşmayla çözeceklerdir.

3. 1 inci fıkra hükümleri dolayısıyla bir şirket her iki Akit Devletin de mukimi olduğunda, Akit Devletlerin yetkili makamları sorunu karşılıklı anlaşmayla çözeceklerdir.

## MADDE 5

## İŞYERİ

1. Bu Anlaşmanın amaçları bakımından "işyeri" terimi, bir teşebbüsün işinin tamamen veya kısmen yürütüldüğü işe ilişkin sabit bir yer anlamına gelir.

2. "İşyeri" terimi özellikle şunları kapsamına alır:

- a) Yönetim yeri;
- b) Şube;
- c) Büro;
- d) Fabrika;
- e) Atelye;
- f) Maden ocağı, petrol veya doğal gaz kuyusu, taş ocağı veya doğal zenginliklerin elde edilmesine yarayan diğer yerler.

g) Altı ayı aşan bir süre devam eden inşaat şantiyesi, yapım, montaj veya kurma projesi veya bunlarla ilgili kontrol faaliyetleri.

3. Bu Maddenin daha önceki hükümleriyle bağlı kalınmaksızın, "işyeri" teriminin aşağıdaki hususları kapsamadığı kabul edilecektir:

- a) Teşebbüs olanaklarının yalnızca malların veya ticari eşyanın depolanması, teşhiri veya teslimi amacıyla kullanılması;
- b) Teşebbüse ait mal ve ticari eşya stoklarının yalnızca depolama, teşhir veya teslim amacıyla elde tutulması;
- c) Teşebbüse ait mal ve ticari eşya stoklarının yalnızca bir başka teşebbüse işlettirilmesi amacıyla elde tutulması;
- d) İşe ilişkin sabit bir yerin yalnızca teşebbüse mal veya ticari eşya satın alma amacıyla elde tutulması;

e) İşe ilişkin sabit bir yerin teşebbüs için yalnızca hazırlayıcı veya yardımcı karakter taşıyan diğer herhangi bir işin yapılması amacıyla elde tutulması;

f) İşe ilişkin sabit bir yerin yalnızca, (a) ile (e) bentleri arasında bahsedilen faaliyetlerin bir veya birkaçını bir arada icra etmek için elde tutulması; ancak bu faaliyetlerin bir arada icra edilmesi sonucunda kendini gösteren toplu faaliyetin hazırlayıcı veya yardımcı karakterde olması şarttır.

4. 1 inci ve 2 nci fıkra hükümleriyle bağlı kalınmaksızın, bir kişi 5 inci fıkra hükmünün uygulanacağı bağımsız nitelikteki acenta dışında bir Akit Devlette diğer Akit Devletin teşebbüsü namına hareket ederse, aşağıdaki şartlarla bu teşebbüs, ilk bahsedilen Devlette bu kişinin gerçekleştirdiği her türlü faaliyet dolayısıyla bir işyerine sahip kabul edilecektir:

a) Eğer bu kişi, işe ilişkin sabit bir yerden yürütülebilecek 3 üncü fıkroda belirtilen türden faaliyetlerle sınırlı olmamak üzere, o Devlette teşebbüs adına mukavele akdetme yetkisine sahip olur ve bu yetkisini mutaden kullanırsa işyerinin varlığı kabul edilecektir. Ancak anılan fıkra hükmü çerçevesinde işe ilişkin sabit bir yerden yürütülen faaliyetler, bu yeri bir işyeri haline getirmeyecektir veya

b) Eğer bu kişi, böyle bir yetkisi olmamasına rağmen, teşebbüs adına sürekli olarak sevk ettiği mallardan veya ticari eşyadan ilk bahsedilen Devlette mutaden mal veya ticari eşya stoku bulundurursa, işyerinin varlığı kabul edilecektir.

5. Bir Akit Devletin teşebbüsü diğer Akit Devlette işlerini yalnızca, kendi işlerine olağan şekilde devam eden bir simsar, bir genel komisyon acentası veya bağımsız statüde diğer herhangi bir acenta vasıtasıyla yürüttüğü için bu diğer Devlette bir işyerine sahip kabul olunmayacaktır.

6. Bir Akit Devletin mukimi olan bir şirket, diğer Akit Devletin mukimi olan veya diğer Akit Devlette ticari faaliyette bulunan bir şirketi kontrol eder, ya da onun tarafından kontrol edilirse (bir işyeri vasıtasıyla veya diğer bir şekilde), bu şirket diğeri için işyeri oluşturmayacaktır.

#### MADDE 6

#### GAYRİMENKUL VARLIKLARDAN ELDE EDİLEN GELİR

1. Gayrimenkul varlıklardan elde edilen gelir (tarım ve ormancılıktan elde edilen gelir dahil), bu varlığın bulunduğu Akit Devlette vergilendirilebilir.

2. "Gayrimenkul varlık" terimi, bahse konu varlığın yer aldığı Akit Devletin mevzuatına göre tanımlanacaktır. Terim her halükârda gayrimenkul varlığa müteferri varlıkları, tarım ve ormancılıkta kullanılan araçları ve hayvanları, her çeşit dalyanları, özel hukuk hükümlerinin uygulanacağı gayrimenkul mülkiyetine ilişkin hakları, gayrimenkul intifa haklarını ve maden ocaklarının, kaynakların ve diğer doğal kaynakların işletme hakkından veya işletilmesinden doğan sabit, ya da değişken ödemeler üstündeki hakları kapsayacaktır; gemiler, vapurlar ve uçaklar gayrimenkul varlık sayılmayacaktır.

3. 1 inci fıkra hükümleri, gayrimenkul varlığın doğrudan kullanımından, kiralanmasından veya diğer herhangi bir şekilde kullanımından elde edilen gelire uygulanacaktır.

4. 1 inci ve 3 üncü fıkra hükümleri aynı zamanda, bir teşebbüsün gayrimenkul varlıklardan elde ettiği gelir ile serbest meslek faaliyetlerinin icrasında kullanılan gayrimenkul varlıklardan elde edilen gelire de uygulanacaktır.

## MADDE 7

## TİCARİ KAZANÇLAR

1. Bir Akit Devlet teşebbüsüne ait kazanç, sözkonusu teşebbüs diğer Akit Devlette yeralan bir işyeri vasıtasıyla ticari faaliyette bulunmadıkça, yalnız ilk bahsedilen Devlette vergilendirilecektir. Eğer teşebbüs yukarıda bahsedilen şekilde ticari faaliyette bulunursa, kazanç bu diğer Devlette, işyerine atfedilebilen miktarla sınırlı olmak üzere, vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devlet teşebbüsü diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla ticari faaliyette bulunduğu, bu işyerine her iki Akit Devlette de, eğer bu işyeri aynı veya benzer koşullar altında, aynı veya benzer faaliyetlerde bulunan tamamen aynı ve bağımsız bir teşebbüs olsaydı ve işyerini oluşturduğu teşebbüsten tamamen bağımsız nitelik kazansaydı, ne kazanç elde edecek idiyse, böyle bir kazanç atfedilecektir.

3. İşyerinin kazancı belirlenirken, işyerinin bulunduğu Devlette veya başka herhangi bir yerde yapılan ve yönetim ve genel idare giderlerini de kapsamına alan, işyerinin amaçlarına uygun düşen giderlerin indirilmesine müsaade edilecektir.

4. İşyeri tarafından teşebbüs adına yalnızca mal ve ticarî eşya alınması dolayısıyla doğan hiç bir kazanç, bu işyerine atfedilmeyecektir.

5. Kazanç, bu Anlaşmanın başka Maddelerinde düzenlenen gelir unsurlarını da kapsamına aldığı anda, o Maddelerin hükümleri bu Madde hükümlerinden etkilenmeyecektir.

## MADDE 8

## GEMİCİLİK, HAVA VE KARA TAŞIMACILIĞI

1. Bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette uluslararası trafik kapsamına giren türden bir gemi, uçak veya kara nakil vasıtası işletmeciliğinde bulunması dolayısıyla elde ettiği kazanç, yalnızca ilk bahsedilen Devlette vergilendirilebilir.

2. "Uluslararası trafik" terimi, bir Türk veya Alman teşebbüsü tarafından gemi, uçak veya kara nakil vasıtası işletilerek yapılan taşımacılığı ifade eder. Şu kadar ki, Türkiye Cumhuriyeti veya Federal Almanya Cumhuriyeti sınırlarının sadece birinin içinde gerçekleştirilen gemi, uçak veya kara nakil vasıtası işletmeciliği bu kapsamın dışında kalmaktadır.

## MADDE 9

## BAĞIMLI TEŞEBBÜSLER

1. a) Bir Akit Devlet teşebbüsü doğrudan veya dolaylı olarak diğer Akit Devlet teşebbüsünün yönetim, kontrol veya sermayesine katıldığında veya

b) Aynı kişiler doğrudan veya dolaylı olarak bir Akit Devlet teşebbüsünün ve diğer Akit Devlet teşebbüsünün yönetim, kontrol veya sermayesine katıldığında

ve her iki halde de, iki teşebbüsün ticarî ve malî ilişkilerinde oluşan veya empoze edilen koşullar, bağımsız teşebbüsler arasında oluşması gereken koşullardan farklılaştığında, olması gereken; fakat bu koşullar dolayısıyla kendini göstermeyen kazanç, o teşebbüsün kazancına eklenip vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devletin kendi teşebbüslerinden birinde kavradığı ve vergilediği kazanç, diğer Akit Devlette vergilendirilen bu diğer Devlet teşebbüslerinden birinin de kazancını içerebilir. Aynı zamanda bu ilk bahsedilen Devletin kavradığı kazanç, bildirilen kazanç olmayıp, bağımsız teşebbüsler arasında oluşacak ilişkiler gözönünde tutularak, sonradan bu ilk bahsedilen Devletçe yürütülen hesaplamalar sonucunda belirlenen kazanç olabilir. Böyle bir durum kendini gösterdiğinde, eğer diğer Devlet bu düzenlemenin hukuki olduğu kanaatine varırsa, sözkonusu kazanç üzerinden alınan verginin miktarında gerekli düzeltmeleri yapmak durumundadır. Bu düzeltme yapılırken, bu Anlaşmanın diğer hükümleri gözönünde tutulacak ve gerektiğinde Akit Devletlerin yetkili makamları birbirine danışacaktır.

#### MADDE 10

#### TEMETTÜLER

1. Bir Akit Devletin mukimi olan bir şirket tarafından diğer Akit Devlet mukimine ödenen temettüler, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. Bununla beraber sözkonusu temettüler, ödemeyi yapan şirketin mukimi olduğu Devletçe de kendi mevzuatına göre vergilendirilebilir, ancak bu şekilde alınacak vergi aşağıdaki oranları aşamayacaktır:

a) Temettü elde eden, temettü ödeyen şirketin sermayesinin doğrudan doğruya en az yüzde 10'unu elinde tutan bir şirket ise (ortaklıklar hariç), gayrisafi temettü tutarının yüzde 15'i;

b) Tüm diğer durumlarda gayrisafi temettü tutarının yüzde 20'si.

Bu fıkra, bünyesinden temettü ayrılan şirket kazancının vergilenmesine etki etmeyecektir.



3. Bu Maddede kullanılan "temettü" terimi:

(a) Hisse senetlerinden, intifa senetlerinden veya intifa haklarından, madencilik senetlerinden veya alacak niteliğinde olmayıp kâra katılmayı sağlayan diğer haklardan elde edilen gelirler ve

(b) Temettü dağıtan şirketin mukimi olduğu Devlet'in mevzuatına göre hisse senedi geliri gibi vergilendirilen diğer gelirler ve Akit Devletlerin vergilemesi yönünden sessiz ortakların ("stiller Gesellschafter") bu ortaklık dolayısıyla elde ettikleri gelirler ve yatırım fonu veya yatırım ortaklıklarından belge karşılığı yapılan dağıtımlar, anlamına gelir.

4. Bir Akit Devlet mukimi olan temettü lehdarı, temettüyü ödeyen şirketin mukimi bulunduğu diğer Akit Devlette bir işyerine sahip olursa ve sözkonusu temettü elde ediş olayı ile bu işyerinin arasında önemli bağ bulunmaktaysa, 1'inci ve 2'nci fıkra hükümleri uygulanmayacaktır. Bu durumda 7'inci Madde hükümleri uygulanacaktır.

5. Kâra katılmayı sağlayan alacak haklarından ve diğer haklardan doğan (Federal Almanya Cumhuriyetinde bir sessiz ortağın ("stiller Gesellschafter") bir "Partiarisches Darlehen" veya bir "Gewinnobligationen"e bu tür bir katılımdan elde ettiği gelir dahil) ve borçlunun kazancının belirlenmesinde gider olarak indirilmesine müsaade edilen gelirler, 2'nci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, elde edildiği Akit Devletin mevzuatına göre ve bu Devlette vergilendirilebilir.

MADDE 11

FAİZ

1. Bir Akit Devlette doğan ve diğer Akit Devlet mukimine ödenen faiz, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. Bununla beraber, bu faiz elde edildiği Akit Devlette ve o Devletin mevzuatına göre de vergilendirilebilir; ancak bu şekilde alınacak vergi faiz tutarının yüzde 15'ini aşmayacaktır.

3. 2'nci fıkra hükümleri aksine, faiz:

(a) Federal Almanya Cumhuriyetinde doğarsa ve Türkiye Cumhuriyeti Hükûmetine veya Türkiye Cumhuriyeti Merkez Bankasına ödenirse, Alman vergisinden muaf tutulacaktır;

(b) Türkiye Cumhuriyetinde doğarsa ve Federal Almanya Cumhuriyeti Hükûmetine veya onun bir Eyaletine veya "Deutsche Bundesbank"a veya "Kreditanstalt für Wiederaufbau"ya ödenirse, Türk vergisinden muaf tutulacaktır.

4. Bu maddede kullanılan "faiz" terimi, devlet tahvillerinden ve ipotek garantisine bağlı olsun olmasın veya kazancı paylaşma hakkını tanısın tanımamasın her çeşit tahvillerden ve her nevi alacakdan doğan gelir ile bu gelirin elde edildiği Devletin vergi mevzuatına göre ikrazat geliri sayılan diğer bütün gelirleri kapsar. Bununla beraber, "faiz" terimi 10'uncu Maddede düzenlenen geliri bünyesine almaz.

5. Bir Akit Devlet mukimi olan faiz lehdarı, faizin elde edildiği diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyeri vasıtasıyla ticari faaliyette bulunursa ve sözkonusu faizin ödendiği alacak ile bu sabit işyeri arasında önemli bir bağ bulunmaktaysa, 1'nci ve 2'nci fıkra hükümleri uygulanmayacaktır. Bu takdirde 7'nci madde hükümleri uygulanacaktır.

6. Bir Akit Devlet'in kendisi, bir eyaleti (Länder), politik alt bölümü, mahalli idaresi veya mukimi tarafından ödenen faizin o Devlette elde edildiği kabul olunacaktır. Bununla beraber, faiz ödeyen kişi mukim olsun ya da olmasın, bir Akit Devlette faiz ödemeye neden olan borç-alacak ilişkisiyle bağlantılı bir işyerine sahip olduğunda ve faiz bu

işyerinden kaynaklandığında, sözkonusu faizin işyerinin bulunduğu Devlette elde edildiği kabul olunacaktır.

7. Alacak karşılığında ödenen faizin miktarı, ödeyici ile lehdar arasında veya her ikisi ile bir başka kişi arasında varolan özel ilişki nedeniyle böyle bir ilişkinin olmadığı durumlarda ödeyici ve lehdar arasında kararlaştırılacak miktarı aştığında, bu Madde hükümleri en son bahsedilen miktara uygulanacaktır. Bu durumda ilâve ödeme bu Anlaşmanın diğer hükümleri de dikkate alınarak, her bir Akit Devletin mevzuatına göre vergilendirilecektir.

#### MADDE 12

#### GAYRİMADDİ HAK BEDELLERİ

1. Bir Akit Devlette doğan ve diğer Akit Devletin bir mukimine ödenen gayrimaddi hak bedelleri, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. Bununla beraber, sözkonusu gayrimaddi hak bedelleri elde edildikleri Akit Devlette ve o Devletin mevzuatına göre de vergilendirilebilir; ancak bu şekilde alınacak vergi gayrimaddi hak bedelinin gayrisafi tutarının yüzde 10'unu aşmayacaktır.

3. Bu maddede kullanılan "gayrimaddi hak bedelleri" terimi, sinema filimleri, radyo-televizyon yayınlarında kullanılan filimler ve bantlar dahil olmak üzere edebî, artistik, bilimsel her nevi telif hakkının veya her nevi patentin, alameti farikanın, desen veya modelin, plânın, gizli formül veya üretim yönteminin veya sınai, ticari, bilimsel tecrübeye dayalı bilgi birikiminin kullanma imtiyazı, kullanma hakkı veya satışı ile sınai, ticari, bilimsel teçhizatın kullanma imtiyazı veya kullanma hakkı karşılığında ödenen her türlü bedelleri kapsar.

4. Bir Akit Devlet mukimi olan gayrimaddi hak bedelinin lehdarı bu bedelin elde edildiği diğer Akit Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla ticari faaliyette bulunursa ve sözkonusu bedelin ödendiği hak veya varlık ile bu işyeri arasında önemli bir bağ bulunmaktaysa, 1'nci ve 2'nci fıkra hükümleri uygulama dışı kalacaktır. Bu durumda 7'nci Madde hükümleri uygulanacaktır.

5. Bir Akit Devletin kendisi, eyaleti, politik alt bölümü, mahalli idaresi veya mukimi tarafından ödenen gayrimaddi hak bedelinin, o Devlette elde edildiği kabul olunacaktır. Bununla beraber, gayrimaddi hak bedelini ödeyen kişi mukim olsun ya da olmasın, bir Akit Devlette gayrimaddi hak bedelini ödemeye neden olan hak veya varlık ile bağlantılı bir işyerine sahip olduğunda ve bu gayrimaddi hak bedeli bu işyerinden kaynaklandığında, sözkonusu gayrimaddi hak bedelinin işyerinin bulunduğu Devlette elde edildiği kabul olunacaktır.

6. Kullanım, hak veya bilgi karşılığında ödenen gayrimaddi hak bedelinin miktarı, ödeyici ile lehdar arasında veya her ikisi ile bir başka kişi arasında varolan özel ilişki nedeniyle, böyle bir ilişkinin olmadığı durumlarda ödeyici ve lehdar arasında kararlaştırılacak miktarı aştığında, bu madde hükümleri en son bahsedilen miktara uygulanacaktır. Bu durumda ilâve ödeme, bu Anlaşmanın diğer hükümleri ile dikkate alınarak, her bir Akit Devletin mevzuatı uyarınca vergilendirilebilecektir.

### MADDE 13

#### SERMAYE DEĞER ARTIŞI KAZANÇLARI

1. 6'ncı Maddenin 2'nci fıkrasında tanımlanan bir gayrimenkul varlığın elden çıkarılmasından elde edilen kazanç bu varlığın yer aldığı Akit Devlette vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyerinin ticari varlığına dahil menkul varlıkların veya bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette serbest meslek faaliyeti icra etmek üzere kullandığı bir sabit yere ait menkul varlıkların elden çıkarılmasından doğan kazanç, bu işyerinin veya sabit yerin (yalnız veya tüm teşebbüsle birlikte) elden çıkarılmasından doğan kazanç da dahil olmak üzere, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

3. Bu Maddenin 1'nci ve 2'nci fıkralarında değinilenler dışında kalan varlıkların elden çıkarılmasından doğan kazanç yalnızca, elden çıkarmanın mukim olduğu Akit Devlette vergilendirilebilecektir.

Bununla beraber, diğer Akit Devlette doğan ve bundan bir önceki cümlede bahsedilen sermaye değer artış kazançları, alış ve satış arasındaki süre bir yılı aşmadığı takdirde bu diğer Akit Devlette de vergilendirilebilecektir.

#### MADDE 14

#### SERBEST MESLEK FAALİYETLERİ

1. Bir Akit Devlet mukiminin serbest meslek faaliyetleri dolayısıyla elde ettiği gelir, bu faaliyetler diğer Akit Devlette icra edilmedikçe, yalnız ilk bahsedilen Devlette vergilendirilecektir. Eğer faaliyetler diğer Devlette icra edilirse, buradan elde edilen gelir diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. 1'nci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette icra ettiği serbest meslek faaliyetlerinden elde ettiği gelir, eğer;

a) Gelir elde eden kişi, bu diğer Devlette bir takvim yılı içinde bir veya bir kaç seferde 183 günü aşmamak üzere kalırsa ve

b) Ödeme, bu diğer Akit Devletin mukimi olmayan bir kişi tarafından veya böyle bir kişi adına yapılırsa ve

c) Ödeme, böyle bir kişinin bu diğer Devlette sahip olduğu bir işyerinden veya sabit yerden yapılmazsa,

yalnızca ilk bahsedilen Devlette vergilendirilecektir.

3. 1 inci ve 2 nci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, bir Federal Almanya Cumhuriyeti teşebbüsünün serbest meslek faaliyetlerinden elde ettiği gelir, sözkonusu faaliyetler Türkiye Cumhuriyeti'nde icra edilmedikçe ve

a) Gelir elde eden kişi Türkiye Cumhuriyeti'nde bir takvim yılı içinde bir veya bir kaç seferde 183 günü aşan bir süre kalmadıkça veya

b) Ödeme, Türkiye Cumhuriyeti'nde mukim olmayan bir kişinin Türkiye Cumhuriyeti'nde sahip olduğu bir işyerinden veya sabit yerden yapılmadıkça,

yalnızca Federal Almanya Cumhuriyeti'nde vergilendirilebilecektir.

4. Faaliyetler, yukarıda bahsedilen şekilde ifa edildiğinde, teşebbüslerin kazançları Türkiye Cumhuriyeti'nde, 7'nci Madde hükümlerine göre vergilendirilebilir. Bu durumda Türkiye Cumhuriyeti, serbest meslek kazançlarını yukarıdaki hükümler çerçevesinde tevkifat suretiyle vergilendirebilir. Bununla beraber gelir elde eden kişi, ilgili vergilendirme döneminin sonunda net esasına göre vergilendirilmeyi tercih etme hakkına sahiptir. Akit Devletlerin yetkili makamları karşılıklı anlaşmayla bu hükümlerin uygulama şeklini belirleyebilirler.

5. "Serbest meslek faaliyetleri" terimi, özellikle bağımsız olarak yürütülen bilimsel, edebî, artistik, eğitici

ve öğretici faaliyetleri, bunun yanısıra doktorların, avukatların, mühendislerin, mimarların, dişçilerin, muhasebecilerin bağımsız faaliyetlerini ve özel mesleki bilgi ve maharet gerektiren diğer faaliyetleri kapsamına alır.

## MADDE 15

### BAĞIMLI FAALİYETLER

1. 16, 18, 19 ve 20'nci Madde hükümleri saklı kalmak üzere, bir Akit Devlet mukiminin bir hizmet akdi dolayısıyla elde ettiği ücret, maaş ve diğer benzeri menfaatler, bu hizmet diğer Akit Devlette ifa edilmedikçe, yalnız ilk bahsedilen Devlette vergilendirilecektir. Eğer hizmet diğer Devlette ifa edilirse, buradan elde edilen gelir diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. 1'nci fıkra hükümlerine bakılmaksızın, bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette ifa ettiği hizmet dolayısıyla elde ettiği gelir, eğer:

a) Gelir elde eden kişi, bu diğer Devlette bir vergilendirme dönemi içinde bir veya bir kaç seferde 183 günü aşmamak üzere kalırsa ve

b) Ödeme, bu diğer Akit Devletin mukimi olmayan bir işveren tarafından veya böyle bir işveren adına yapılırsa ve

c) Ödeme, işverenin diğer Devlette sahip olduğu bir işyerinden veya sabit yerden yapılmazsa,

yalnızca ilk bahsedilen Devlette vergilendirilebilecektir.

3. Bu maddenin bundan önceki hükümlerine bakılmaksızın, uluslararası trafikte işletilen bir gemi, uçak veya motorlu kara taşıtında işçi sıfatıyla ifa edilen bir hizmet

dolayısıyla elde edilen gelir, teşebbüsün kanuni merkezinin bulunduğu Akit Devlette vergilendirilebilir.

#### MADDE 16

#### MÜDÜRLERE YAPILAN ÖDEMELER

1. Bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlet mukimi olan bir şirketin Yönetim Kurulu üyesi olması dolayısıyla eline geçen prim, ikramiye, huzur hakkı ve diğer benzeri ödemeler, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devletin bir veya birden çok mukiminin, diğer Akit Devlet mukimi olan bir şirketin, ticari mevzuat gereğince üst yönetimden sorumlu görevlileri olma sıfatıyla elde ettikleri ücretler, maaşlar ve diğer benzeri menfaatler, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

#### MADDE 17

#### ARTİST VE SPORCULAR

1. 14 ve 15'nci Madde hükümleriyle bağlı kalınmaksızın, bir Akit Devlet mukimi olan ve tiyatro, sinema, radyo, televizyon artistliği yapan veya müzisyen olarak çalışan sanatçıların ve bunun yanı sıra sporcuların bağımsız faaliyetlerden elde ettikleri gelirler, bu faaliyetleri icra ettikleri Akit Devlette vergilendirilebilir.

2. Bir sanatçının ya da sporcunun icra ettiği faaliyetlerden doğan gelir, kendisine değil de bir başkasına yönelirse, bu gelir 7, 14 ve 15'nci madde hükümleriyle bağlı kalınmaksızın, sanatçı ya da sporcunun faaliyetlerinin icra edildiği Akit Devlette vergilendirilebilir.

3. Bununla beraber, eğer yukarıda bahsedilen faaliyetler, bir Akit Devlete diğer Akit Devlet mukimlerinden



biri tarafından yapılan bir ziyaret vesilesiyle icra ediliyorsa ve sözkonusu ziyaret doğrudan doğruya veya dolaylı olarak, bu diğer Devlet, onun bir eyaleti (länder), politik alt bölümü veya bu diğer Devlette hayır kurumu sayılan bir kurum tarafından finanse ediliyorsa, sözkonusu gelir, bu maddenin birinci fıkrasında sözü edilen Devlette vergilendirilmeyecektir.

#### MADDE 18

##### EMEKLİ MAAŞLARI

1. Bir Akit Devlet mukimine geçmiş çalışmalarının karşılığında ödenen emekli maaşları ve sağlanan diğer benzeri menfaatler, yalnızca bu Devlette vergilendirilecektir. Bu hüküm aynı zamanda bir Akit Devlet mukimine sağlanan ömür boyu gelire de uygulanacaktır.

2. Uğranılan şahsi zararları tazmin etmek üzere, bir Akit Devlet, bir eyalet veya onun bir politik alt bölümü tarafından ödenen emekli maaşları ve sağlanan ömür boyu gelirler ile yapılan diğer devamlı veya arızî ödemeler, yalnızca bu Devlette vergilendirilebilir.

#### MADDE 19

##### KAMU GÖREVLERİ

1. 18'nci madde hükümleri saklı kalmak kaydıyla, bir Akit Devletin kendisine, politik alt bölümüne, mahalli idaresine bir kamu görevi dolayısıyla herhangi bir gerçek kişi tarafından verilen hizmetler karşılığında, bu Akit Devlet, politik alt bölüm veya mahalli idare tarafından veya bunlarca oluşturulan fonlardan sağlanan menfaatler, emekli maaşları da dahil, yalnızca bu Devlette vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devletin kendisi, politik alt bölümü veya mahalli idaresi tarafından yürütülen ticari faaliyetlerle bağlantılı hizmetler karşılığında sağlanan menfaatlara ve emekli maaşlarına 15, 16 ve 18'nci madde hükümleri uygulanacaktır.

## MADDE 20

### ÖĞRETMEN VE ÖĞRENCİLER

1. Bir Akit Devletin vatandaşı olup, diğer Akit Devlette yalnızca öğrenim veya mesleki yetiştirme amacıyla geçici olarak ikamet eden bir öğrenci veya stajyerin, geçim, öğrenim veya mesleki yetiştirme masraflarını karşılamak için, bu diğer Devletin dışındaki kaynaklardan gelen paralar, bu diğer Devlette vergilendirilmeyecektir.

2. Aynı şekilde, bir Akit Devletin vatandaşı olup, diğer Akit Devlette yalnızca öğretim ve bilimsel araştırma yapmak amacıyla geçici olarak ikamet eden bir öğretmen veya öğretim üyesinin iki yılı aşmayan bir süre veya süreler için öğretim veya araştırma karşılığında, bu diğer Devletin dışındaki kaynaklardan sağladığı paralar, bu diğer Devlette vergiden muaf tutulacaktır.

3. Bir Akit Devletin vatandaşı olup, diğer Akit Devlette öğrenimi veya mesleği ile ilgili uygulama alışkanlıkları kazanmak üzere, bir takvim yılı içinde 183 günü aşmayacak şekilde hizmet ifa eden bir öğrenci veya stajyerin eline geçen ücretler, bu diğer Devlette vergilendirilmeyecektir.

## MADDE 21

## DİĞER GELİRLER

1. Bir Akit Devlette elde edilen ve bu Anlaşmanın bundan önceki Maddelerinde ele alınmayan gelir unsurları, bu Devlette vergilendirilebilir.

2. Her iki Akit Devletin dışındaki kaynaklardan elde edilen gelir unsurları, yalnızca sözkonusu geliri elde eden kişinin mukim olduğu Akit Devlette vergilendirilebilecektir.

## MADDE 22

## SERVET

1. 6'ncı Maddenin 2'nci fıkrasında tanımlanan gayrimenkul varlıklardan oluşan servet, sözkonusu varlıkların bulunduğu Akit Devlette vergilendirilebilir.

2. Bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyerinin aktifine dahil menkul varlıklardan ve bir Akit Devlet mukiminin diğer Akit Devlette serbest meslek faaliyeti icra etmek üzere kullanabileceği bir sabit yere ait menkul varlıklardan oluşan servet, bu diğer Devlette vergilendirilebilir.

3. Bir Akit Devlet teşebbüsünün uluslararası trafikte işlettiği gemi, uçak ve kara nakil vasıtaları ile bu gemi, uçak ve kara nakil vasıtalarının işletilmesine tahsis edilen menkul varlıklar, yalnızca bu teşebbüsün kanuni merkezinin bulunduğu Akit Devlette vergilendirilebilecektir.

4. Bir Akit Devlet mukiminin servetinin diğer bütün unsurları, yalnız bu Devlette vergilendirilebilecektir.

## MADDE 23

MUKİM OLUNAN DEVLETTE ÇİFTE  
VERGİLENDİRMENİN ÖNLENMESİ

1. Federal Almanya Cumhuriyeti mukimleri için çifte vergilendirme aşağıdaki şekilde önlenecektir:

(a) (b) bendi hükümleri saklı kalmak üzere, bu Anlaşmanın daha önceki Maddeleri gereğince Türkiye Cumhuriyetinde vergilendirilebilen veya yalnızca Türkiye Cumhuriyetinde vergilendirilebilecek olan Türkiye Cumhuriyeti kaynaklı her tür gelir unsuru ile Türkiye Cumhuriyetinde bulunan her tür servet unsuru, Alman vergisinin hesabına esas olan matrahın dışında tutulacaktır; bununla beraber, bu şekilde matrah dışı kalmayan gelir ve servet unsurlarına uygulanacak vergi oranını belirleyebilmek için, Federal Almanya Cumhuriyeti, bu bendin bundan önceki hükümleri gereğince Türkiye Cumhuriyetinde vergilendirilebilen gelir ve servet unsurlarını hesaba alabilecektir. Temettüleri konusunda bu bendin bundan önceki hükümleri, yalnızca Federal Almanya Cumhuriyeti mukimi olup, Türkiye Cumhuriyetinde mukim bir şirketin, oy hakkına haiz, en az yüzde 10 payına sahip bulunan şirketlere uygulanacaktır. Aynı zamanda, bundan önceki cümle gereğince Alman vergisinin hesabına esas olan matrahın dışında tutulan kâr payı dağıtımları hissedarlık dolayısıyla sözkonusu olan Alman vergisinin hesabına esas matrahın da dışında tutulacaktır.

(b) Yabancı vergilerin mahsubunu düzenleyen Alman vergi mevzuatı hükümleri saklı kalmak üzere, Türkiye Cumhuriyetinde elde edilen aşağıdaki gelir unsurlarının, Türkiye Cumhuriyeti mevzuatı ile bu anlaşma hükümleri çerçevesinde ödenen vergileri, Alman gelir ve kurumlar vergilerinden mahsup edilecektir:

(aa) (a) bendinin uygulanmayacağı 10'uncu Madde kapsamındaki mettüleri;

(bb) 11'nci Madde kapsamındaki faizler ve 12'nci Madde kapsamındaki gayrimaddi hak bedelleri;

(cc) Varlıkların elden çıkarılmasından doğan ve 13'üncü Maddenin 3'üncü fıkrası kapsamına girdiği için Türkiye Cumhuriyetinde vergilendirilebilen kazançlar,

(dd) 14'üncü Madde dolayısıyla Türkiye Cumhuriyetinde vergilendirilebilen gelirler;

(ee) Bir Federal Almanya Cumhuriyeti vatandaşına 19'uncu Maddenin 1. fıkrası çerçevesinde yapılan ödemeler.

(ff) 15'inci Maddenin 3'üncü fıkrası, 16, 17, 18'inci Maddeler ile 21'inci Maddenin 1'inci fıkrası kapsamına giren gelirler.

Bununla beraber, mahsup edilecek vergi, bu gelir unsurları için mahsuptan önce hesaplanan Alman vergisini aşmayacaktır.

(c) Federal Almanya Cumhuriyetinde mukim olan bir şirket, Türkiye Cumhuriyetinden elde ettiği geliri dağıtırsa, (a) bendi, Federal Almanya Cumhuriyeti mevzuatı gereğince sözkonusu dağıtımlar üzerine salınacak tamamlayıcı kurumlar vergisinin alınmasına engel olmayacaktır.

(d) (b) bendinde bahsedilen temettü, faiz ve gayrimaddi hak bedelleri, Türkiye Cumhuriyetinin ekonomik kalkınmasını hızlandırmak amacıyla Türk mevzuatı bünyesinde yürürlüğe konulan teşvik tedbirleri gereğince, yüzde 10'un altında vergilendirilirse, (b) bendinde öngörülen koşullar altında, bu gelirin gayrisafi tutarının en az yüzde 10'una eşit bir miktar Federal Almanya Cumhuriyetinde ödenecek vergiden mahsup edilecektir. Bununla beraber, sözkonusu tedbirlerin alınmaması halinde mahsup, Türkiye Cumhuriyetinde ödenen vergiyi aşmayacaktır.

2. Türkiye Cumhuriyeti mükimleri için çifte vergilendirme aşağıdaki şekilde önlenecektir.

(a) (b) bendi hükümleri saklı kalmak üzere, bu Anlaşmanın daha önceki Maddeleri gereğince Federal Almanya Cumhuriyetinde vergilendirilebilen veya yalnızca Federal Almanya Cumhuriyetinde vergilendirilebilecek olan Federal Almanya Cumhuriyeti kaynaklı her tür gelir unsuru ile Federal Almanya Cumhuriyetinde bulunan her tür servet unsuru, Türk vergisinin hesabına esas olan matrahın dışında tutulacaktır; bununla beraber, bu şekilde matrah dışı kalmayan gelir ve servet unsurlarına uygulanacak vergi oranını belirleyebilmek için, Türkiye Cumhuriyeti, bu bendin bundan önceki hükümleri gereğince Federal Almanya Cumhuriyetinde vergilendirilebilen gelir ve servet unsurlarını hesaba alabilecektir. Temettüler konusunda bu bendin bundan önceki hükümleri, yalnızca Türkiye Cumhuriyeti mukimi olup, Federal Almanya Cumhuriyetinde mukim bir şirketin oy hakkını haiz, en az yüzde 10 payına sahip bulunan şirketlere uygulanacaktır.

(b) Yabancı vergilerin mahsubunu düzenleyen Türk Vergi mevzuatı hükümleri saklı kalmak üzere, Federal Almanya Cumhuriyetinden elde edilen aşağıdaki gelir unsurlarının, Federal Almanya Cumhuriyeti mevzuatı ile bu Anlaşma hükümleri çerçevesinde ödenen vergileri, Türk gelir ve kurumlar vergilerinden mahsup edilecektir:

(aa) (a) bendinin uygulanmayacağı 10'uncu Madde kapsamındaki temettüleri;

(bb) 11'inci Madde kapsamındaki faizler ve 12'inci Madde kapsamındaki gayrimaddi hak bedelleri;

(cc) Varlıkların elden çıkarılmasından doğan ve 13'üncü maddenin 3'üncü fıkrası kapsamına girdiği için Federal Almanya Cumhuriyetinde vergilendirilebilen kazançlar,

(dd) 14'üncü Madde dolayısıyla Federal Almanya Cumhuriyetinde vergilendirilebilen gelirler;

(ee) Bir Türkiye Cumhuriyeti vatandaşına 19'uncu Maddenin 1'nci fıkrası çerçevesinde yapılan ödemeler;

(ff) 15'inci Maddenin 3'üncü fıkrası, 16, 17, 18'inci Maddeler ile 21'inci Maddenin 1'inci fıkrası kapsamına giren gelirler.

Bununla beraber, mahsup edilecek vergi, bu gelir unsurları için mahsuptan önce hesaplanan Türk Vergisini aşmayacaktır.

(c) Türkiye Cumhuriyetinde mukim olan bir şirket, Federal Almanya Cumhuriyetinden elde ettiği geliri dağıtırsa, (a) bendi, Türkiye Cumhuriyeti mevzuatı gereğince sözkonusu dağıtımlar üzerine salınacak tamamlayıcı kurumlar vergisinin alınmasına engel olmayacaktır.

(d) (b) bendinde bahsedilen temettü, faiz ve gayrimaddi hak bedelleri, Federal Almanya Cumhuriyetinin ekonomik kalkınmasını hızlandırmak amacıyla Alman mevzuatı bünyesinde yürürlüğe konulan teşvik tedbirleri gereğince yüzde 10'un altında vergilendirilirse, (b) bendinde öngörülen koşullar altında bu gelirin gayrisafi tutarının en az yüzde 10'una eşit bir miktar Türkiye Cumhuriyetinde ödenecek vergiden mahsup edilecektir. Bununla beraber, sözkonusu tedbirlerin alınmaması halinde mahsup, Federal Almanya Cumhuriyetinde ödenen vergiyi aşmayacaktır.

#### MADDE 24

#### AYRIM YAPILMAMASI

1. Bir Akit Devletin vatandaşları diğer Akit Devlette o Devletin vatandaşlarının aynı koşullarda karşı karşıya kaldıkları veya kalacakları vergilemeden ve buna bağlı mükel-

lefiyetlerden değişik veya daha ağır vergilemeye ve buna bağlı mükellefiyetlere tabi tutulmayacaklardır.

2. Bir Akit Devlet teşebbüsünün diğer Akit Devlette sahip olduğu bir işyeri, bu diğer Devletin aynı faaliyetleri yürüten bir teşebbüsüne göre daha az lehe bir vergilemeyle karşı karşıya kalmayacaktır.

3. Bir Akit Devletin, diğer Akit Devletin bir veya bir kaç mukimi tarafından, doğrudan doğruya veya dolaylı olarak, kısmen veya tamamen sermayesine sahip olunan veya kontrol edilen teşebbüsleri, ilk bahsedilen Devlette, benzeri teşebbüslerin tabi oldukları veya olacakları vergilemeden ve buna bağlı mükellefiyetlerden değişik veya daha ağır vergilemeye ve buna bağlı mükellefiyetlere tabi tutulmayacaklardır.

4. Bu hükümler, bir Akit Devletin kendi mukimlerine şahsi ve ailevi durumları dolayısıyla uyguladığı şahsi indirimleri, vergi ve matrah indirimlerini diğer Akit Devlet mukimlerine de uygulama zorunda olduğu yönünde anlaşılmayacaktır.

#### MADDE 25

#### KARŞILIKLI ANLAŞMA USULÜ

1. Bir Akit Devlet mukimi, Akit Devletlerden birinin veya her ikisinin işlemlerinin kendisi için bu Anlaşma hükümlerine uygun düşmeyen sonuçlar yarattığı veya yaratacağı kanaatine vardığında, bu Devletlerin iç mevzuatlarında öngörülen müracaat usulleriyle bağlı kalmaksızın, durumu mukimi olduğu Akit Devletin yetkili makamına arzedebilir.

2. Söz konusu yetkili makam, itirazı haklı bulmakla beraber kendisi tatminkâr bir çözüme ulaşmadığı takdirde,



bu Anlaşmaya ters düşen bir vergilemeyi önlemek amacıyla, diğer Akit Devletin yetkili makamıyla karşılıklı anlaşmaya gayret sarfedecektir.

3. Akit Devletlerin yetkili makamları, bu Anlaşmanın yorumundan veya uygulamasından kaynaklanan her türlü güçlüğü ve tereddütü karşılıklı anlaşmayla çözmek için gayret göstereceklerdir. Aynı zamanda, bu Anlaşmada çözüme kavuşturulamamış durumlardan kaynaklanan çifte vergilemenin ortadan kaldırılması için birbirlerine danışabilirler.

Akit Devletlerin yetkili makamları özellikle,

(a) Akit Devletlerden birinin teşebbüsü ile bu teşebbüsün diğer Akit Devlette yeralan işyerine aynı şekilde ticari ve sınai kazançların atfedilmesinde;

(b) 9'uncu Maddede bahsedilen bağımlı teşebbüsler arasında kazançların aynı şekilde tahsis edilmesinde ve

(c) Bazı gelir unsurlarında geliri doğuran olayın aynı şekilde tanımlanmasında, anlaşmaya varmak üzere birbirlerine danışabilirler.

4. Akit Devletlerin yetkili makamları, bundan önceki fıkralarda belirtilen hususlarda anlaşmaya varabilmek için birbirleriyle doğrudan doğruya haberleşebilirler.

5. Bir Akit Devletin diğer Akit Devlette bağımlı hizmet ifa eden vatandaşları, vergi sorunlarının halli için, kendi Devletlerinin bu hususta yetkili makamının bu diğer Akit Devlete gönderdiği memurların yardımına başvurabilir. Bu makam ve memurların yetki ve sorumlulukları, bu diğer Akit Devletin bu hukuki düzenlemelerine göre belirlenir. Eğer belirtilen faaliyetler bu diğer Akit Devlette resmî lisans konusu ise, bu faaliyetler ancak, bu diğer Akit Devletin mevzuatı gereğince yetkili kılınmış olan kişi ve makamlarla işbirliği halinde icra edilebilir.

## MADDE 26

## BİLGİ DEĞİŞİMİ

1. Akit Devletlerin yetkili makamları gerek bu Anlaşma hükümlerinin, gerekse iç mevzuatlarının işlerlik kazanabilmeleri için ihtiyaç duyulan bilgileri, iç mevzuattaki vergileme bu Anlaşma ile uyum halinde olduğu sürece, değişime tabi tutacaklardır. Bu şekilde değişime tâbi tutulan her türlü bilgi, gizli tutulacak, umuma açıklanmayacak ve yalnızca bu Anlaşmada belirtilen vergilerin tahakkuk veya tahsilleriyle veya bu hususlardaki şikâyet ve itirazlara bakmakla görevli kişi veya makamlara ve bunun yanısıra yukarıda bahsedilen vergilere ilişkin cezai kovuşturmalar için adli makamlara verilebilecektir.

2. 1'nci fıkra hükümleri, hiçbir surette Akit Devletlerden birini:

a) Kendinin veya diğer Akit Devletin mevzuatına veya idarı alışkanlıklarına uymayacak idari önlemler alma;

b) Kendinin veya diğer Akit Devletin mevzuatı veya normal idari işlemleri çerçevesinde elde edilmeyen bilgileri sunma;

c) Herhangi bir ticari, sınai, mesleki sırrı veya ticari işlemi aleni hale getiren bilgileri veya aleliyeti kamu düzenine aykırı düşen bilgileri verme;

yükümlülüğü altına sokacak şekilde yorumlanamaz.

## MADDE 27

## DİPLOMATİK VE KONSOLOSLUK İMTİYAZLARI

Bu Anlaşma hükümleri, diplomatik misyon, konsolosluk veya uluslararası organizasyon mensuplarının devletler

hukukunun genel kuralları veya özel anlaşma hükümleri uyarınca yararlandıkları malî ayrıcalıkları etkilemeyecektir.

#### MADDE 28

#### BERLİN EYALETİ

Almanya Federal Cumhuriyeti Hükûmeti tarafından, Türkiye Cumhuriyeti Hükûmetine, bu Anlaşma'nın yürürlüğe girdiği tarihi izleyen üç ay içinde aksine bir beyanda bulunulmadıkça, bu Anlaşma Berlin Eyaleti'ne de uygulanacaktır.

#### MADDE 29

#### YÜRÜRLÜĞE GİRME

1. Bu Anlaşma onaylanacak ve onay belgeleri en kısa zamanda Bonn'da teati edilecektir.

2. Anlaşma, onay belgelerinin teatisi tarihinden itibaren bir ay sonra yürürlüğe girecek ve hükümleri:

(a) Türkiye Cumhuriyetinde, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği yılı izleyen yılın Ocak ayının birinci günü başlayan veya daha sonra başlayan her vergilendirme dönemine ilişkin vergilere;

(b) Federal Almanya Cumhuriyetinde, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği yılı izleyen yılın Ocak ayının birinci günü başlayan veya daha sonra başlayan her vergilendirme dönemine ilişkin vergilere uygulanacaktır.

3. 1'nci ve 2'nci fıkra hükümlerinin aksine, bu Anlaşmanın 8'inci Maddesinin deniz ve hava taşımacılığı ile ilgili hükümleri:

(a) 1 Ocak 1983 tarihinden sonra elde edilen gelirlere ilişkin vergilere uygulanacak ve

(b) 1 Ocak 1983 tarihine kadar elde edilmiş gelirlere ilişkin olup, henüz ödenmemiş vergilerin tahsiline uygulanacaktır.

### MADDE 30

#### YÜRÜRLÜKTEN KALKMA

1. Bu Anlaşma sürekli olarak yürürlükte kalacaktır.

2. Bu Anlaşmanın onaylanmasını takip eden üçüncü yılın 1 Ocak gününden itibaren her bir Akit Devlet, her bir takvim yılının en az ilk altı ayında diplomatik yollarla yürürlükten kalkma bildiriminde bulunarak Anlaşmayı feshedebilir. Bu durumda Anlaşma:

(a) Türkiye Cumhuriyetinde, yürürlükten kalkma bildiriminde bulunulan yılı izleyen yılın 1 Ocak günü başlayan veya daha sonra başlayan vergilendirme dönemine ilişkin vergiler için,

(b) Federal Almanya Cumhuriyetinde, yürürlükten kalkma bildiriminde bulunulan yılı izleyen yılın 1 Ocak günü başlayan veya daha sonra başlayan vergilendirme dönemine ilişkin vergiler için hüküm ifade etmeyecektir.

## PROTOKOL

Federal Almanya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında Gelir ve Servet üzerinden alınan Vergilerde Çifte Vergilendirmeyi Önleyen bir Anlaşma imzalayan taraflar, aşağıdaki hükümlerin Anlaşmanın ayrılmaz bir parçası olduğunda anlaşmışlardır.

1. 5'inci Maddenin 4 ve 5'inci fıkralarıyla ilgili olarak :

Bir bağımsız acentanın, namına mal veya ticari eşya tesliminde bulunduğu teşebbüsün sözkonusu mal veya ticari eşyalarını yalnızca stokta bulundurması dolayısıyla bağımsızlık niteliğini kaybetmeyeceği anlaşılmaktadır. Bunun için, aynı işlemin mutaden bağımsız teşebbüsler arasında da gerçekleşmesi zorunludur.

2. 7'inci Maddenin 1'inci fıkrasıyla ilgili olarak:

Bir Akit Devlet teşebbüsü diğer Devlette bir işyerine sahip olursa ve bu teşebbüs:

a) Bu işyerinden yapılan mal veya ticari eşya satışlarının aynısını veya benzerini bu diğer Devlette gerçekleştirirse veya

b) Bu işyerinde gerçekleştirilen diğer ticari faaliyetin aynısını veya benzerini bu diğer Devlette icra ederse,

bu satışların veya ticari faaliyetlerin diğer Akit Devlette işyeri kazancı ile birlikte vergilendirileceği üzerinde anlaşılmıştır. Bunun için, sözkonusu satış veya faaliyetlerin bahsi geçen işyeri vasıtasıyla gerçekleştirilmesi şarttır. Böyle bir vergilemeden sahte satış akitleri düzenlenerek kaçınılamaz.

3. 7'nci Maddenin 1 ve 2'nci fıkralarıyla ilgili olarak :

a) Bu Protokol'un 2'nci fıkra hükümleri saklı kalmak üzere, bir Devletin teşebbüsü diğer Devlette yer alan bir işyeri vasıtasıyla mal veya ticari eşya sattığında veya ticari faaliyette bulunduğu, bu işyerinin kazancı, bu teşebbüsün elde ettiği toplam hasılat üzerinden belirlenmeyecek; fakat yalnız bu işyerinin, bu türden satış veya ticari faaliyete dayalı gerçek faaliyetlerinden kaynaklanan hasılatla göre belirlenecektir;

b) Sınai, ticari veya bilimsel teçhizat veya tesisler ile bayındırlık işlerine ilişkin, araştırma, tedarik, montaj veya inşa mukavelelerinde, teşebbüs bir işyerine sahip olursa, sözkonusu işyerinin kazancı mukavelelenin toplam tutarı üzerinden hesaplanmayacak; fakat işyerinin bulunduğu Devlette bu işyerinin fiilen yürüttüğü mukavele kısmı üzerinden hesaplanacaktır. Teşebbüsün genel merkezinin fiilen yürüttüğü mukavele kısmına ilişkin olan kazanç, yalnızca bu teşebbüsün mukim olduğu Devlette vergilendirilebilecektir.

4. 7'nci Maddenin 3'üncü fıkrasıyla ilgili olarak:

Bir işyerinin kazancı belirlenirken, teşebbüsün kendisinin veya yurt dışında bulunan diğer işyerlerinin zarar veya masraflarına katılmak üzere yapılan faiz, gayrimaddi hak bedeli, komisyon ödemelerinin veya diğer benzeri ödemelerin gider olarak indirilmesine müsaade edilmeyecektir. Bununla beraber sözkonusu işyeri, Anlaşmanın 7'nci Maddesinin 3'üncü fıkrası çerçevesinde, amaçlarına uygun düşen faiz, gayrimaddi hak bedeli, komisyon niteliğindeki ödemeleri veya diğer benzeri ödemeleri (araştırma, geliştirme masrafları dahil) gider olarak indirebilir.

5. 12'nci Maddeyle ilgili olarak:

Serbest meslek faaliyetlerinin icrası dolayısıyla elde edilen kazancın (hizmet tedarikleri dahil) 12'nci Maddenin 3'üncü fıkrasında açıklanan anlamda bir gayrimaddi hak bedeli olmadığı hususunda anlaşmaya varılmıştır.

6. 15'inci Maddeyle ilgili olarak :

İşçiler, bir Akit Devletin mevzuatında profesyonel işçi kiralayıcısı olarak tanımlanan veya böyle bir kiralayıcıya eşit addolunan bir kişi (aracı) tarafından bir teşebbüse (gerçek menfaatlara) kiralandığında, sözkonusu işçiler bu Anlaşmanın amaçları yönünden, aracının değil ; fakat gerçek menfaattarın hizmetlisi olarak kabul olunacaktır.

Bu hususları teyiden, iki Devletin tam yetkili temsilcileri, bu Anlaşmayı imzaladılar ve mühürlerini vazettiler.

Almanca, Türkçe ve İngilizce dillerinde nüshalar halinde ve her üç metinde aynı derecede geçerli olmak üzere ....16.Nişan.1985. tarihinde, .....RQN'da düzenlenmiştir. Almanca ve Türkçe metinlerde yorum farklılıkları olması halinde, İngilizce metin geçerli olacaktır.

Federal Almanya Cumhuriyeti  
Adına:

[Signed — Signé]<sup>1</sup>

[Signed — Signé]<sup>2</sup>

Türkiye Cumhuriyeti  
Adına:

[Signed — Signé]<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Signed by Andreas Meyer-Landrut — Signé par Andreas Meyer-Landrut.

<sup>2</sup> Signed by Hansjörg Häfele — Signé par Hansjörg Häfele.

<sup>3</sup> Signed by Mesut Yılmaz — Signé par Mesut Yılmaz.

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF TURKEY FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

---

The Federal Republic of Germany

and

the Republic of Turkey,

desiring to conclude an Agreement for the avoidance of Double Taxation with respect to taxes on income and capital,

have agreed as follows:

**Article 1**

**Personal scope**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

**Article 2**

**Taxes covered**

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or its Laender or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

---

<sup>1</sup> Came into force on 30 December 1989, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 30 November 1989, in accordance with article 29 (2).



(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are, in particular:

- (a) in the case of the Republic of Turkey:
  - (aa) Income Tax (Gelir vergisi),
  - (bb) Corporation Tax (Kurumlar vergisi),  
(hereinafter referred to as "Turkish tax");
- (b) in the case of the Federal Republic of Germany:
  - (aa) Income Tax (Einkommensteuer),
  - (bb) Corporation Tax (Körperschaftsteuer),
  - (cc) Capital Tax (Vermögensteuer),
  - (dd) Business Tax (Gewerbsteuer)  
(hereinafter referred to as "German tax").

(4) The Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify to each other any changes which have been made in their respective taxation laws covered by this Agreement.

### Article 3

#### General definitions

- (1) In this Agreement, unless the context otherwise requires:
- (a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Republic of Turkey or the Federal Republic of Germany as the context requires, and, if for the purposes of this Agreement used in a geographical sense, the area in which the national laws of the Contracting States are in force, as well as their continental shelves over which the Contracting State concerned exercises, in accordance with international law, sovereign rights, for the purposes of exploring it and exploiting its natural resources;\* )
  - (b) the term "tax" means any tax covered by Article 2 of this Agreement;
  - (c) the term "person" means:
    - (aa) any individual,
    - (bb) any company;

\* The rights over the continental shelf exist ipso facto and ab initio and do not depend on the exercise of these rights.

- (d) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- (e) the term "legal head office", means the statutory seat (Kanuni merkez, Sitz) within the meaning of the Turkish Code of Commerce, or within the meaning of the German Fiscal Code, respectively;
- (f) the term "nationals" means:
  - (aa) in respect of the Republic of Turkey, all individuals possessing the Turkish nationality from the "Turkish Nationality Code", and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in the Republic of Turkey;
  - (bb) in respect of the Federal Republic of Germany, all Germans covered by paragraph 1 of Article 116 of the Basic Law for the Federal Republic of Germany, and any legal person, partnership and association deriving its status as such from the law in force in the Federal Republic of Germany;
- (g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- (h) the term "competent authority" means:
  - (aa) in the Republic of Turkey, the Minister of Finance and Customs,
  - (bb) in the Federal Republic of Germany, the Federal Minister of Finance.

(2) As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that Contracting State relating to the taxes which are the subject of this Agreement.

#### Article 4

##### Fiscal domicile

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the law of that State, is liable to taxation therein, by reason of his domicile, residence, legal head office, place of management or any other criterion of a similar nature.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined in accordance with the following rules:

- (a) he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- (b) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;
- (c) if he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;
- (d) if he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a company is a resident of both Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

#### Article 5

##### Permanent establishment

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" shall include especially:

- (a) a place of management;
- (b) a branch;
- (c) an office;
- (d) a factory;
- (e) a workshop;
- (f) a mine, an oil or gas well, a quarry or other place of extraction of natural resources;
- (g) a building site, a construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith, but only if such site, project or activities continue for a period of more than six months.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- (a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- (b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- (c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- (d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise for the enterprise;
- (e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- (f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of independent status to whom paragraph 5 applies – is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State, that

enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in the first mentioned Contracting State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, if such a person:

- (a) has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 3 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph; or
- (b) has no such authority, but habitually maintains in the first mentioned State a stock of goods or merchandise from which he regularly delivers goods or merchandise on behalf of the enterprise.

(5) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where such persons are acting in the ordinary course of their business.

(6) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## Article 6

### Income from immovable property

(1) Income from immovable property (including income from agriculture or forestry) may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term "immovable property" shall be defined in accordance with the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, fishing places of every kind, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration

for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

## Article 7

### Business profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(5) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

## Article 8

### Shipping, air and road transport

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State derived from the other Contracting State from the operation of ships, aircraft or road vehicles in international traffic may be taxed only in the first mentioned State.

(2) The expression "international traffic" means any transport by a ship or an aircraft or a road vehicle by a Turkish or German enterprise, except when the ship or the aircraft or the road vehicle is operated solely between places situated in the territory of the Republic of Turkey or of the Federal Republic of Germany.

## Article 9

### Associated enterprises

(1) Where

- (a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- (b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are by the first mentioned State claimed to be profits which would have accrued to the enterprise of the first mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits, where that other State considers the adjustment justified. In determining such adjustment, due

regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10

### Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying dividends is a resident, in accordance with the laws of that State, but the taxes charged shall not exceed:

- (a) 15 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- (b) in all other cases, 20 per cent of the gross amount of the dividends.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means

- (a) dividends on shares including income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, and
- (b) other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident, and for the purpose of taxation in the Contracting State income derived by a sleeping partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such and distributions on certificates of an investment fund or investment trust.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State, of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding by virtue of which the dividends are paid is effectively connected. In such case, the provisions of Article 7 shall apply.



(5) Notwithstanding paragraph 2, income derived from rights or debt-claims participating in profits (including in the Federal Republic of Germany income of a sleeping partner ("stiller Gesellschafter") from his participation as such or from a "partiarisches Darlehen" or "Gewinnobligationen") that is deductible in determining the profits of the debtor may be taxed in the Contracting State in which it arises according to the laws of that State.

## Article 11

### Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed 15 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest arising in:

- (a) the Federal Republic of Germany and paid to the Government of the Republic of Turkey or to the Central Bank of Turkey (Turkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi) shall be exempt from German tax;
- (b) the Republic of Turkey and paid to the Government of the Federal Republic of Germany or to one of its Laender or to the "Deutsche Bundesbank" or to the "Kreditanstalt für Wiederaufbau" shall be exempt from Turkish tax.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from Government securities, bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and debt-claims of every kind as well as all other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the State in which the income arises. However, the term "interest" does not include income dealt with in Article 10.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, and the debt-claim in respect of which the

interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such cases, the provisions of Article 7 shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land (Laender), a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(7) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## Article 12

### Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may be taxed in the Contracting State in which they arise, and according to the law of that State; but the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, or for the sale of, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films and recordings for radio and television, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience, or for the use of, or the right to use industrial, commercial, or scientific equipment.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the recipient of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which royalties arise, through a permanent establishment situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such cases the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected, and such royalties are borne by such permanent establishment, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

### **Article 13**

#### **Capital gains**

(1) Gains from the alienation of immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains from the alienation of such a

permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in the other State.

(3) Gains from the alienation of any property other than those mentioned in paragraphs 1 and 2 shall be taxable only in the State of which the alienator is a resident. However, the capital gains mentioned in the foregoing sentence and derived from the other Contracting State shall be taxable in the other Contracting State if the time period does not exceed one year between acquisition and alienation.

#### Article 14

##### Independent personal services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services shall be taxable only in that State unless such activities are exercised in the other Contracting State. If the activities are exercised in the other State, income derived therefrom may be taxed in the other State.

(2) Notwithstanding the provision of paragraph 1, income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first mentioned State if:

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, and
- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, a person who is not a resident of the other Contracting State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which such a person has in the other State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, income derived by an enterprise of the Federal Republic of Germany in respect of professional services shall be taxable only in the Federal Republic of Germany, unless such activities are exercised in the Republic of Turkey and

- (a) the recipient is present in the Republic of Turkey for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned, or
- (b) the remuneration is borne by a permanent establishment or a fixed base which a person who is not a resident of the Republic of Turkey has in the Republic of Turkey.

(4) If the activities are exercised as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the Republic of Turkey in accordance with the provisions of Article 7. In this case the Republic of Turkey may levy the withholding taxes on professional services income to which it is entitled under the foregoing provisions. However, the recipient has the right to opt for taxation on a net basis in accordance with the foregoing provisions at the end of the fiscal year concerned. The competent authorities of the Contracting States may by mutual agreement settle the mode of application of these provisions.

(5) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists, accountants and other activities requiring specific professional skill.

## Article 15

### Dependent personal services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19 and 20 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first mentioned State if:

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft or road vehicle in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the legal head office of the enterprise is situated.

## Article 16

### Directors' fees

(1) Directors' fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Salaries, wages and other similar remuneration derived by one or more residents of a Contracting State in their capacity as officials responsible under Commercial Law for the overall direction of the affairs of the company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

## Article 17

### Artistes and athletes

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by public entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artistes, and musicians, and by athletes, from their independent activities as such may be taxed in the Contracting State in which these activities are exercised.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

(3) However, such income shall not be taxed in the State which is mentioned in the first paragraph of this Article if the underlying activities are exercised during a visit to that State by a resident of the other Contracting State and where such visit is financed directly or indirectly by that other State, one of its Laender or its political subdivisions, or by an organization which in that other State is recognized as a charitable organization.

## Article 18

### Pensions

(1) Pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employ-

ment shall be taxable only in that State. This provision shall also apply to life annuities paid to a resident of a Contracting State.

(2) Pensions and life annuities paid, and other periodical or occasional payments made, by a Contracting State, or a Land, or one of its political subdivisions in respect of insuring personal accidents, may be taxed only in this State.

### **Article 19**

#### **Governmental functions**

(1) Subject to the provisions of Article 18, remuneration, including pensions, paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to any individual in respect of services rendered to that State or political subdivision or local authority thereof in the discharge of functions of a governmental nature may be taxed in that State.

(2) The provisions of Articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions in respect of services rendered in connection with any trade or business carried on by one of the Contracting States or a political subdivision or a local authority thereof.

### **Article 20**

#### **Teachers and students**

(1) Payments which a student or business apprentice who is a national of a Contracting State and who resides temporarily in the other Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that other State, provided that such payments are made to him from sources outside that other State.

(2) Likewise, remuneration which a professor or a teacher who is a national of a Contracting State and who resides temporarily in the other Contracting State for a period or periods not exceeding two years, engaging in teaching or in scientific research, receives for his personal services in respect of such teaching or research shall be exempted from tax in that other State, provided that such payments are received from sources outside that other State.

(3) Remuneration which a student or a trainee who is a national of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding 183 days in a calendar year, in order to obtain practical experience related to his education or formation shall not be taxed in that other State.

### **Article 21**

#### **Other income**

(1) Items of income arising from a Contracting State, which are not expressly mentioned in the foregoing Articles of this Agreement may be taxed in that State.

(2) Items of income arising outside the two Contracting States shall be taxable only in the Contracting State of which the person receiving the income in question is a resident.

### **Article 22**

#### **Capital**

(1) Capital represented by immovable property, as defined in paragraph 2 of Article 6, may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Ships, aircraft or road vehicles operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and road vehicles shall be taxable only in the Contracting State in which the legal head office of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

### **Article 23**

#### **Elimination of double taxation in the state of residence**

(1) Double taxation for the residents of the Federal Republic of Germany shall be eliminated as follows:



- (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any item of income from sources within the Republic of Turkey and any item of capital situated within the Republic of Turkey, which according to the foregoing Articles of this Agreement may be taxed, or shall be taxable only, in the Republic of Turkey; in the determination of its rate of tax applicable to any item of income or capital not so excluded, the Federal Republic of Germany may, however, take into account the items of income and capital, which according to the foregoing Articles may be taxed in the Republic of Turkey. In the case of income from dividends the foregoing provisions of this subparagraph shall apply only to such dividends as are paid to a company being a resident of the Federal Republic of Germany by a company being a resident of the Republic of Turkey at least 10 per cent of the voting shares of which are owned by the first mentioned company. There shall also be excluded from the basis upon which German tax is imposed any shareholding, the distribution on which, if paid, would according to the foregoing sentence be excluded from the basis upon which German tax is imposed.
- (b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German income and corporation tax payable in respect of the following items of income derived from the Republic of Turkey the Turkish tax paid under the laws of the Republic of Turkey and in accordance with this Agreement on:
- (aa) dividends within the meaning of Article 10 to which subparagraph (a) does not apply;
  - (bb) interest within the meaning of Article 11 and royalties within the meaning of Article 12;
  - (cc) gains from the alienation of property taxable in the Republic of Turkey, by reason of paragraph 3 of Article 13;
  - (dd) income taxable in the Republic of Turkey by reason of Article 14;
  - (ee) payments mentioned in paragraph 1 of Article 19 paid to a national of the Federal Republic of Germany;

- (ff) income within the meaning of paragraph 3 of Article 15 and Articles 16, 17, 18 and paragraph 1 of Article 21.

The credit shall not, however, exceed that part of the German tax, as computed before the credit is given, which is appropriate to such items of income.

- (c) Where a company which is a resident of the Federal Republic of Germany distributes income derived from sources within the Republic of Turkey subparagraph (a) shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of the tax law of the Federal Republic of Germany.
- (d) Where dividends, interest and royalties mentioned in subparagraph (b) are taxed under special measures introduced in Turkish law for the purpose of promoting the economic development of the Republic of Turkey, at rates of tax which are reduced below 10 per cent, there shall under the conditions provided in subparagraph (b) be allowed as a deduction from the tax paid in the Federal Republic of Germany on such income an amount equal to at least 10 per cent of the gross amount of such income. However, the deduction shall not exceed the tax paid in the Republic of Turkey in the absence of such measures.

(2) Double taxation for the residents of the Republic of Turkey shall be eliminated as follows:

- (a) Subject to the provisions of subparagraph (b), there shall be excluded from the basis upon which Turkish tax is imposed, any item of income from sources within the Federal Republic of Germany and any item of capital situated within the Federal Republic of Germany, which according to the foregoing Articles of this Agreement may be taxed, or shall be taxable only, in the Federal Republic of Germany; in the determination of its rate of tax applicable to any item of income or capital not so excluded, the Republic of Turkey may, however, take into account the items of income and capital, which according to the foregoing Articles may be taxed in the Federal Republic of Germany. In the case of income from dividends the foregoing provisions of this subparagraph shall apply only to such dividends as are paid to a company being a resident of the Republic of Turkey by a company being a resident of the Federal Republic of Germany at least 10 per cent of the voting shares of which are owned by the first mentioned company.

- (b) Subject to the provisions of Turkish tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against Turkish income and corporation tax payable in respect of the following items of income derived from the Federal Republic of Germany the German tax paid under the laws of the Federal Republic of Germany and in accordance with this Agreement on:
- (aa) dividends within the meaning of Article 10 to which subparagraph (a) does not apply;
  - (bb) interest within the meaning of Article 11 and royalties within the meaning of Article 12;
  - (cc) gains from the alienation of property taxable in the Federal Republic of Germany, by reason of paragraph 3 of Article 13;
  - (dd) income taxable in the Federal Republic of Germany by reason of Article 14;
  - (ee) payments mentioned in paragraph 1 of Article 19 paid to a national of the Republic of Turkey;
  - (ff) income within the meaning of paragraph 3 of Article 15 and Articles 16, 17, 18 and paragraph 1 of Article 21.

The credit shall not, however, exceed that part of the Turkish tax, as computed before the credit is given, which is appropriate to such items of income.

- (c) Where a company which is a resident of the Republic of Turkey distributes income derived from sources within the Federal Republic of Germany subparagraph (a) shall not preclude the compensatory imposition of corporation tax on such distributions in accordance with the provisions of the tax law of the Republic of Turkey.
- (d) Where dividends, interest and royalties mentioned in subparagraph (b) are taxed under special measures introduced in German law for the purpose of promoting the economic development of the Federal Republic of Germany, at rates of tax which are reduced below 10 per cent, there shall under the conditions provided in subparagraph (b) be allowed as a deduction from the tax paid in the Republic of Turkey on such income an amount equal to at least 10 per cent of the gross amount of such income. However, the deduction shall not exceed the tax paid in the Federal Republic of Germany in the absence of such measures.

## Article 24

### Non-discrimination

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

(3) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first mentioned State are or may be subjected.

(4) The provisions of this Article shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and deduction for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

## Article 25

### Mutual agreement procedure

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the national laws of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at an appropriate solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation not in accordance with the Agreement.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement. In particular, the competent authorities of the Contracting States may consult together to endeavour to agree

- (a) to the same attribution of industrial or commercial profits to an enterprise of one of the Contracting States and to its permanent establishment situated in the other State,
- (b) to the same allocation of profits between related enterprises as provided for in Article 9, or
- (c) to the same determination of the source of particular items of income.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

(5) The nationals of a Contracting State performing dependent personal activities in the other Contracting State may, in solving their taxation matters, seek the assistance of officials sent by an authorized agency of their State of origin to the other Contracting State; the authority and responsibilities of these agencies and officials shall be determined in accordance with the legal provisions of the other Contracting State. If the activities concerned are subject to official licensing in the other Contracting State, they may only be performed in cooperation with persons or authorities authorized under the laws of the other Contracting State to perform such activities.

## **Article 26**

### **Exchange of information**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the carrying out of this Agreement and of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by this Agreement insofar as the taxation thereunder is in accordance with this Agreement. Any information so exchanged shall be treated as secret and shall not be disclosed to the public and any persons or authorities other than those concerned with the assessment or collection of the taxes which are the subject of

the Agreement, and with related complaints and recourses as well as to judiciary authorities for penal prosecutions related with the above mentioned taxes.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on one of the Contracting States the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy.

#### **Article 27**

##### **Diplomatic and consular privileges**

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of a diplomatic mission, a consular post or an international organization under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

#### **Article 28**

##### **Land Berlin**

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Turkey within three months of the date of entry into force of this Agreement.

#### **Article 29**

##### **Entry into force**

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible.

(2) The Agreement shall enter into force one month after the exchange of instruments of ratification and its provisions shall have effect:

- (a) in the Republic of Turkey, for taxes with respect to every taxable year beginning on or after the first day of January of the year following that of entry into force of the Agreement;
  - (b) in the Federal Republic of Germany, for taxes with respect to every taxable year beginning on or after the first day of January of the year following that of entry into force of the Agreement.
- (3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, the provisions of Article 8 of the Agreement for maritime and air navigation:
- (a) shall have effect for the taxes based on income derived after 1 January 1983, and
  - (b) shall apply to the payment of taxes not yet collected, based on income derived up to 1 January 1983.

### **Article 30**

#### **Termination**

- (1) This Agreement shall remain in force for an unlimited period.
- (2) After the first day of January of the third year of the ratification of this Agreement, either Contracting State may denounce the Agreement through diplomatic channels, by giving notice of termination at least in the first six months of any calendar year. In such event, the Agreement shall cease to have effect:
- (a) in the Republic of Turkey, for taxes with respect to every taxable year beginning on or after the first day of January of the year following that in which the notice of termination is given;
  - (b) in the Federal Republic of Germany, for taxes with respect to every taxable year beginning on or after the first day of January of the year following that in which the notice of termination is given.

## PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement between the Republic of Turkey and the Federal Republic of Germany for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Capital, the undersigned have agreed that the following provisions constitute an integral part of the Agreement.

**1. With reference to Article 5, paragraphs 4 and 5**

It is understood that an otherwise independent agent does not lose his independent status by the mere fact that he holds a stock of goods or merchandise from which he delivers goods or merchandise on behalf of an enterprise under conditions customary between independent enterprises.

**2. With reference to Article 7, paragraph 1**

It is understood that where an enterprise of a Contracting State has a permanent establishment in the other State and the enterprise

- (a) effects sales in that other State of goods or merchandise of the same or similar kind as those sold through that permanent establishment, or
- (b) carries on other business activities in that other State of the same or similar kind as those effected in that permanent establishment

the sales and the business activities shall be taxed in that other Contracting State as part of the permanent establishment's profits to the extent that such sales or activities have been effected through the permanent establishment; this taxation cannot be excluded by artificial sales arrangements.

**3. With reference to Article 7, paragraphs 1 and 2**

It is understood that

- (a) subject to the provisions of paragraph 2 of this Protocol, where an enterprise of a State sells goods or merchandise or carries on business in the other State through a permanent establishment situated therein, the profits of this permanent establishment are not determined on the basis of the total amount received by the enterprise, but are determined only on the basis of the remuneration which is attributable to the actual activity of the permanent establishment for such sales or business,



(b) in the case of contracts for the survey, supply, installation or construction of industrial, commercial or scientific equipment or premises, or of public works, when the enterprise has a permanent establishment the profits of such permanent establishment are not determined on the basis of the total amount of the contract, but are determined only on the basis of that part of the contract which is effectively carried out by the permanent establishment in the State where the permanent establishment is situated. The profits related to that part of the contract which is carried out by the legal head office of the enterprise shall be taxable only in the State of which the enterprise is a resident.

**4. With reference to Article 7, paragraph 3**

In determining the profits of a permanent establishment there shall not be allowed as deductions payments for interest, royalties, commissions or other similar payments made to the enterprise itself or to other permanent establishments for sharing all or part of the losses or expenses of the enterprise itself or of other permanent establishments located abroad. However, the permanent establishment may, in accordance with paragraph 3 of Article 7 of the Agreement, deduct interest, royalties, commissions or other similar payments (including expenses for research and development) incurred for the purposes of the permanent establishment.

**5. With reference to Article 12**

It is understood that remuneration for the exercise of independent services (including the furnishing of services) is not a royalty within the meaning of paragraph 3 of Article 12.

**6. With reference to Article 15**

Where workers are hired out by a professional labour lessor as defined in the law of a Contracting State or by a person deemed to be equivalent to such a lessor (intermediary) to an enterprise (real beneficiary), such workers are deemed, for the purpose of the Agreement, as employees of the real beneficiary, but not of the intermediary.

In witness whereof, the undersigned plenipotentiaries have signed the present Agreement and have affixed their seals thereto.

Done at Bonn on 16 April 1985 in duplicate in the German, Turkish and English languages, all three texts being authentic. In case of any divergent interpretations of the German and Turkish texts, the English text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

Dr. ANDREAS MEYER-LANDRUT

Dr. HANSJÖRG HÄFELE

For the Republic of Turkey:

MESUT YILMAZ

## EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

## I

DER STAATSSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTS

Bonn, den 6. Juli 1989

Herr Botschafter,

im Bestreben, die Anwendung und Auslegung des Abkommens vom 16. April 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sicherzustellen, beehre ich mich im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung über die Art der Anwendung des Artikels 25 Absatz 5 des Abkommens vorzuschlagen:

- „1. Artikel 25 Absatz 5 soll den Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, die im anderen Vertragsstaat unselbständig tätig sind, durch Maßnahmen allgemeiner Art die Wahrnehmung ihrer Rechte im Besteuerungsverfahren beider Vertragsstaaten erleichtern. Sie können zu diesem Zweck die Hilfe von Beamten beanspruchen, die von einer zuständigen Steuerbehörde eines Staates ausschließlich dazu in den anderen Staat entsandt worden sind. Das Recht der Staatsangehörigen eines Vertragsstaats, bei der Regelung ihrer steuerlichen Angelegenheiten im anderen Vertragsstaat über die persönliche Inanspruchnahme ordnungsgemäßer und unabhängiger steuerlicher Beratung in voller Freiheit selbst entscheiden zu können, bleibt voll gewahrt.
2. Wenn die Staatsangehörigen eines Vertragsstaats bei der Regelung ihrer steuerlichen Angelegenheiten im anderen Staat die Hilfe entsandter Beamter beanspruchen, so bestimmen sich die Befugnisse und Pflichten dieser Beamten nach dem Recht des anderen Staates. Bedarf die Hilfeleistung in Steuersachen im anderen Staat einer Genehmigung, so darf sie nur durch eine Person oder Organisation geleistet werden, die eine solche Genehmigung besitzt und die für die ordnungsgemäße Beratung in Steuersachen verantwortlich ist.

3. Wenn die Angehörigen eines Vertragsstaats die Hilfeleistung eines entsandten Beamten zur Regelung ihrer steuerlichen Angelegenheiten in diesem Vertragsstaat in Anspruch nehmen, so findet Nummer 2 dieser Vereinbarung keine Anwendung.
4. Die Tätigkeiten der diplomatischen und konsularischen Missionen werden in keinem Fall von dieser Vereinbarung betroffen.
5. Falls die Anwendung der Bestimmungen des Artikels 25 Absatz 5 des Abkommens oder dieser Vereinbarung in bestimmten Einzelfällen Schwierigkeiten aufwirft, werden sich die zuständigen Behörden miteinander in Verbindung setzen, um diese nach Artikel 25 Absatz 3 des Abkommens zu beseitigen.
6. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Türkei innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.
7. Diese Vereinbarung findet mit Inkrafttreten des zugrundeliegenden Abkommens Anwendung.
8. Diese Vereinbarung wird in deutscher, türkischer und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des türkischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Falls sich die Regierung der Republik Türkei mit den unter den Nummern 1 bis 8 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die als Bestandteil des Abkommens gilt und gleichzeitig mit diesem in Kraft tritt.“

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. LAUTENSCHLAGER

Seiner Exzellenz  
dem Botschafter der Republik Türkei  
Herrn Reşat Arım  
Bonn

## II

## TÜRKISCHE BOTSCHAFT

Bonn, den 6. Juli 1989

Herr Staatssekretär,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, mit der Sie im Namen Ihrer Regierung den Abschluß einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Türkei und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorschlagen und die wie folgt lautet:

*[See note I — Voir note I]*

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß meine Regierung mit den in Ihrer Note enthaltenen Vorschlägen einverstanden ist. Ihre Note und diese Antwortnote bilden somit eine Vereinbarung, die gleichzeitig mit dem Abkommen in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

REŞAT ARIM  
Botschafter

Seiner Exzellenz  
dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes  
Herrn Dr. Hans Werner Lautenschlager  
Bonn

---

## [TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

## I

DER STAATSSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTS<sup>1</sup>Bonn, den 6.7. 1989<sup>2</sup>

Ekselâns,

Türkiye Cumhuriyeti ile Almanya Federal Cumhuriyeti arasında Gelir ve Servet üzerinden alınan vergilerde Çifte Vergilendirmeyi Önleme Anlaşmasının uygulanmasını ve yorumlanmasını emniyete almak amacıyla, AFC Hükûmeti adına, Anlaşmanın 25. madde 5. fıkrasının uygulanmasında izlenecek yolla ilgili olarak aşağıdaki Düzenlemenin akdini önermekten şeref duyarım:

1. 25. maddenin 5. fıkrası, genel nitelikli önlemler yoluyla, bir Ākit Devletin vatandaşı olup diğer Ākit Devlette bağımlı kişisel hizmet ifa eden kişilerin haklarının her iki Ākit Devletin vergilendirme faaliyeti sırasında korunmasını kolaylaştırmak amacıyla yöneliktir. Bahis konusu kişiler, bu amaçla, bir Devletin yetkili bir vergilendirme kurumunun diğer Devlete münhasıran bu gaye ile gönderdiği memurların yardımına başvurabilir. Bu başvuru, bahis konusu vatandaşların diğer Ākit Devletteki vergilendirmeye ilgili sorunlarını çözmek hususunda vasıflı ve bağımsız vergi danışmanlarını kişisel olarak kullanmak hususunda serbestce karar verme hakkına hiçbir şekilde hâlel getirmez.

2. Bahis konusu vatandaşlar, diğer Devletteki vergilendirilmeleriyle ilgili sorunlarının çözümü için bu gibi memurların yardımına başvurdukları zaman, bahis konusu memurların yetki ve sorumlulukları diğer Devletin hukukunda mevcut hükümlere göre belirlenecektir. Diğer Devlette vergilendirme konularında yardım faaliyeti resmî bir müsaadeye bağlanmış ise, bu yardım sadece böyle bir müsaadeye sahip olan ve vergi konusunda güvenilir danışmanlık sağlamaktan sorumlu bulunan bir şahıs veya kuruluş tarafından yapılabilir.

<sup>1</sup> State Secretary of the Foreign Office — Le Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères.

<sup>2</sup> 6 July 1989 — 6 juillet 1989.

3. Bir Ākit Devletin vatandaşları bu Ākit Devletteki vergilendirme sorunlarının çözümlenmesi için bu gibi memurların yardımına başvurdukları zaman, işbu Düzenlemenin 2. fıkrası hükümleri uygulanmayacaktır.

4. Diplomatik misyonların ve konsoloslukların faaliyetleri işbu Düzenlemenin hükümlerinden hiçbir şekilde etkilenmeyecektir.

5. Anlaşmanın 25. madde 5. fıkrasının veya işbu Düzenlemenin hükümlerinin uygulanması özel hallerde güçlükler yarattığı takdirde, yetkili makamlar bu gibi güçlükleri çözmek amacıyla Anlaşmanın 25. madde 3. fıkrası çerçevesinde birbirleriyle temas edeceklerdir.

6. Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti tarafından, Türkiye Cumhuriyeti Hükümetine, bu Düzenlemenin yürürlüğe girdiği tarihi izleyen üç ay içinde aksi yönde bir beyanda bulunulmadıkça, işbu Düzenleme Berlin Eyaletine de uygulanacaktır.

7. İşbu Düzenleme bunun temelinde yatan Anlaşmanın yürürlüğe girişinden önce uygulanmayacaktır.

8. Bu Düzenleme Türkçe, Almanca ve İngilizce dillerinde, her üç metin de aynı derecede geçerli olmak üzere yapılmıştır. Türkçe ve Almanca metinlerde yorum farklılıkları olması halinde, İngilizce metin geçerli olacaktır.

Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti yukarıdaki 1. - 8. fıkralarda yer alan önerilerle mutabık kaldığı takdirde işbu Nota ile Hükümetinizin mutabakatını bildiren Ekselânslarının cevabî Notası, hükümetlerimiz arasında, Anlaşmanın ayrılmaz bir parçasını oluşturacak ve Anlaşma ile aynı zamanda yürürlüğe girecek bir Düzenleme oluşturacaktır.

Ekselâns, üstün saygılarımın kabulünü rica ederim.

Dr. LAUTENSCHLAGER

Ekselâns Reşat Arım  
T. C. Büyükelçisi  
Bonn

## II

## TÜRKİYE BÜYÜKELÇİLİĞİ

Bonn, 6 Temmuz 1989

Ekselâns,

Hükümetiniz adına, Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti ile Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti arasında bir Düzenleme akdini önerdiğiniz bugünkü tarihli ve metni aşağıdaki gibi olan Nota'nızı aldığımı teyit etmekten şeref duyarım:

[See note I — Voir note I]

Hükümetimin, Nota'nızda yer alan önerilerle mutabık kaldığını size bildirmekten şeref duyarım. Bu suretle, Notanız ve işbu cevabî Nota, Hükümetlerimiz arasında Anlaşma ile aynı zamanda yürürlüğe girecek bir Düzenleme teşkil edecektir.

Ekselâns, üstün saygılarımı kabulünü rica ederim.

[Signed — Signé]

REŞAT ARIM  
Büyükelçi

Ekselâns Dr. Hans Werner Lautenschlager  
Federal Dışişleri Bakanlığı  
Devlet Sekreteri  
Bonn



## I

DER STAATSSSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTS<sup>1</sup>

Bonn, 6 Juli 1989

Excellency,

Intending to safeguard the application and interpretation of the Agreement between the Republic of Turkey and the Federal Republic of Germany for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income and Capital, I have the honour to propose that the following Arrangement regarding the way in which paragraph 5 of Article 25 of the Agreement is to be applied be concluded:

1. Paragraph 5 of Article 25 is intended through measures of a general kind to make it easier for the nationals of a Contracting State performing dependent personal activities in the other Contracting State to protect their rights in the tax proceedings of both Contracting States. To this end they may seek the assistance of officials sent by an authorized agency of one State to the other State exclusively for this purpose. This shall in no way curtail the right of such nationals in solving their taxation matters in the other Contracting State freely to decide on their personal use of qualified and independent tax advisers.
2. When such nationals seek the assistance of such officials in solving their taxation matters in the other State, the authority and responsibilities of these officials shall be determined in accordance with the provisions of the law of the other State. Where assistance in taxation matters is subject to official licensing in the other State, it shall be provided only through a person or an organization which possesses such a licence and is responsible for providing sound tax advice.
3. When the nationals of a Contracting State seek the assistance of such officials in solving their taxation matters in this Contracting State, the provisions of paragraph 2 of this Arrangement shall not be operative.
4. The activities of diplomatic and consular missions shall in no case be affected by the provisions of this Arrangement.

---

<sup>1</sup> State Secretary of the Foreign Office.

5. If the application of the provisions of paragraph 5 of Article 25 of the Agreement or of this Arrangement creates difficulties in specific cases, the competent authorities shall contact each other in order to resolve such difficulties under paragraph 3 of Article 25 of the Agreement.
6. This Arrangement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the Republic of Turkey within three months of the date of entry into force of this Arrangement.
7. This Arrangement shall not apply before the entry into force of the underlying Agreement.
8. This Arrangement is done in the German, Turkish and English languages, all these texts being authentic. In case of any divergent interpretations of the German and Turkish texts, the English text shall prevail.

If the Government of the Republic of Turkey agrees to the proposals contained in paragraphs 1 to 8 above, this Note and Your Excellency's Note in reply thereto expressing your Governments's agreement shall constitute an Arrangement between our two Governments, which shall form an integral part of the Agreement and enter into force with it.

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

Dr. LAUTENSCHLAGER

His Excellency  
Mr. Reşat Arim  
Ambassador of the Republic of Turkey  
Bonn

## II

## EMBASSY OF THE REPUBLIC OF TURKEY

Bonn, 6 July 1989

Excellency,

I have the honour to confirm receipt of your Note of today, proposing on behalf of your Government the conclusion of an Arrangement between the Government of the Republic of Turkey and the Government of the Federal Republic of Germany, which reads as follows:

*[See note I — Voir note I]*

I have the honour to inform you that my Government agrees to the proposals contained in your Note. Your Note and this in reply thereto shall thus constitute an Arrangement between our two Governments, to enter into force with the Agreement.

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

REŞAT ARIM  
Ambassador

His Excellency  
Dr. Hans Werner Lautenschlager  
State Secretary of the Foreign Office  
Bonn

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

CONVENTION<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République fédérale d'Allemagne et la République de Turquie,  
Désireuses de conclure une convention tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,  
Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

PERSONNES VISÉES

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un Etat contractant ou des deux Etats contractants.

*Article 2*

IMPÔTS VISÉS

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un Etat contractant, ou de ses *Länder*, subdivisions politiques ou collectivités locales, quel que soit le système de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et la fortune les impôts perçus sur le revenu total, sur la fortune totale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers ou immobiliers, les impôts sur le montant global des salaires ou traitements payés par des entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts actuels auxquels, s'applique la présente Convention sont notamment :

- a) Dans le cas de la République de Turquie :
  - aa) L'impôt sur le revenu (*Gelir vergisi*),
  - bb) L'impôt sur les sociétés (*Kurumlar vergisi*) [ci-après dénommés « l'impôt turc »];
- b) Dans le cas de la République fédérale d'Allemagne :
  - aa) L'impôt sur le revenu (*Einkommensteuer*),
  - bb) L'impôt sur les sociétés (*Körperschaftsteuer*),
  - cc) L'impôt sur la fortune (*Vermögensteuer*),

<sup>1</sup> Entrée en vigueur le 30 décembre 1989, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 30 novembre 1989, conformément au paragraphe 2 de l'article 29.

dd) La taxe professionnelle (*Gewerbesteuer*) [ci-après dénommée « l'impôt allemand »].

4. La Convention s'applique aussi aux impôts identiques ou sensiblement analogues qui seraient ultérieurement établis et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou qui les remplaceraient. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiquent les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives concernant les impôts visés par la présente Convention.

### Article 3

#### DÉFINITIONS GÉNÉRALES

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente :

a) Les expressions « un Etat contractant » et « l'autre Etat contractant » désignent, selon le contexte, la République de Turquie ou la République fédérale d'Allemagne et, lorsqu'elles sont employées dans un sens géographique aux fins de la présente Convention, la région dans laquelle les législations nationales des Etats contractants sont en vigueur, ainsi que les plateaux continentaux sur lesquels les Etats contractants concernés exercent, conformément au droit international, des droits souverains aux fins de prospector et d'exploiter leurs ressources naturelles\*;

b) Le terme « impôt » désigne tout impôt visé par l'article 2 de la présente Convention;

c) Le terme « personne » désigne :

aa) Toute personne physique;

bb) Toute société;

d) Le terme « société » désigne toute personne morale ou toute entité qui est assimilée à une personne morale au regard de l'impôt;

e) L'expression « siège social légal » désigne le siège officiel (*Kanuni merkez, Sitz*) au sens du Code de commerce turc ou au sens du Code fiscal allemand, respectivement;

f) Le terme « ressortissants » désigne :

aa) En ce qui concerne la République de Turquie, toutes les personnes physiques possédant la nationalité turque selon le « Code de la nationalité turque », ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations dont le statut est régi par la législation en vigueur dans la République de Turquie;

bb) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tous les Allemands au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toutes les personnes morales, sociétés de personnes et associations dont le statut est régi par la législation en vigueur dans la République fédérale d'Allemagne;

\* Les droits sur le plateau continental existent *ipso facto* et *ab initio*, et ne sont pas fondés sur leur exercice.

g) Les expressions « entreprise d'un Etat contractant » et « entreprise de l'autre Etat contractant » désignent respectivement une entreprise exploitée par un résident d'un Etat contractant et une entreprise exploitée par un résident de l'autre Etat contractant;

h) L'expression « autorité compétente » désigne :

aa) Dans la République de Turquie, le Ministre des finances et des douanes;

bb) Dans la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des finances.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention par un Etat contractant, toute expression qui n'y est pas autrement définie a le sens que lui attribue le droit de cet Etat contractant concernant les impôts auxquels s'applique la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.

#### Article 4

##### DOMICILE FISCAL

1. Au sens de la présente Convention, l'expression « résident d'un Etat contractant » désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet Etat, est assujettie à l'impôt dans cet Etat en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège social légal, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1 du présent article, une personne physique est un résident des deux Etats contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'Etat contractant où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut pas être déterminée, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des Etats contractants, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux Etats contractants ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'Etat contractant dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux Etats contractants ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une société est un résident des deux Etats contractants, les autorités compétentes des Etats contractants tranchent la question d'un commun accord.

*Article 5*

## ÉTABLISSEMENT STABLE

1. Au sens de la présente Convention, l'expression « établissement stable » désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression « établissement stable » comprend notamment :

a) Un siège de direction;

b) Une succursale;

c) Un bureau;

d) Une usine;

e) Un atelier;

f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles;

g) Un chantier de construction, d'installation ou de montage ou des activités de surveillance s'y exerçant, mais seulement lorsque ce chantier ou ces activités ont une durée supérieure à six mois.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas « établissement stable » si :

a) Il est fait usage d'installations aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison de marchandises appartenant à l'entreprise;

b) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;

c) Des marchandises appartenant à l'entreprise sont entreposées aux seules fins de transformation par une autre entreprise;

d) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'acheter des marchandises pour l'entreprise;

e) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;

f) Une installation fixe d'affaires est utilisée aux seules fins de l'exercice cumulé d'activités mentionnées aux alinéas a à e, à condition que l'activité d'ensemble de l'installation fixe d'affaires résultant de ce cumul garde un caractère préparatoire ou auxiliaire.

4. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne — autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 5 — agit dans un Etat contractant pour une entreprise d'un autre Etat contractant, cette entreprise est considérée comme ayant un établissement stable dans le premier Etat contractant pour toutes activités que cette personne exerce pour elle si ladite personne :

a) Dispose dans cet Etat du pouvoir, qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 3 et qui, exercées dans

une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires un établissement stable au sens dudit paragraphe; ou

b) Ne disposant pas de ce pouvoir, elle conserve habituellement dans le premier Etat un stock de marchandises sur laquelle elle prélève régulièrement des marchandises aux fins de livraison pour le compte de l'entreprise.

5. Une entreprise d'un Etat contractant n'est pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre Etat contractant du seul fait qu'elle exerce son activité dans cet autre Etat par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut indépendant, si ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

6. Le fait qu'une société qui est un résident d'un Etat contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre Etat contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou non) ne suffit pas, en lui-même, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

### Article 6

#### REVENUS IMMOBILIERS

1. Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. L'expression « biens immobiliers » a le sens que lui attribue le droit de l'Etat contractant où les biens considérés sont situés. L'expression comprend en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif des exploitations agricoles et forestières, les lieux de pêche de toute nature, les droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires, les bateaux et aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant de biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

### Article 7

#### BÉNÉFICES DES ENTREPRISES

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre Etat mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.



2. Lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant exerce son activité dans l'autre Etat contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque Etat contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'Etat où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du fait que cet établissement stable a simplement acheté des marchandises pour l'entreprise.

5. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

### *Article 8*

#### TRANSPORTS MARITIMES, AÉRIENS ET ROUTIERS

1. Les bénéfices qu'une entreprise d'un Etat contractant tire de l'exploitation dans l'autre Etat contractant de navires, d'aéronefs ou de véhicules routiers en trafic international ne sont imposables que dans le premier Etat.

2. L'expression « trafic international » s'entend de tout transport assuré par un navire, un aéronef ou un véhicule routier d'une entreprise turque ou allemande, sauf si le navire, l'aéronef ou le véhicule routier est exploité uniquement entre des lieux situés sur le territoire de la République de Turquie ou celui de la République fédérale d'Allemagne.

### *Article 9*

#### ENTREPRISES ASSOCIÉES

1. Lorsque :

a) Une entreprise d'un Etat contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou détient une part du capital d'une entreprise de l'autre Etat contractant, ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un Etat contractant et d'une entreprise de l'autre Etat contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

2. Lorsqu'un Etat contractant inclut dans les bénéfices d'une entreprise de cet Etat — et impose en conséquence — des bénéfices sur lesquels une entreprise de

l'autre Etat contractant a été assujettie à l'impôt dans cet autre Etat, et que les bénéfices ainsi inclus sont considérés par le premier Etat comme des bénéfices qui auraient été réalisés par l'entreprise du premier Etat si les conditions convenues entre les deux entreprises avaient été celles qui auraient été convenues entre des entreprises indépendantes, l'autre Etat procède à un ajustement approprié du montant de l'impôt qui y a été perçu sur ces bénéfices, s'il estime cet ajustement justifié. Pour déterminer cet ajustement, il est tenu compte des autres dispositions de la présente Convention et, si besoin est, les autorités compétentes des Etats se consultent.

### Article 10

#### DIVIDENDES

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un Etat contractant à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces dividendes sont également imposables dans l'Etat contractant dont la société distributrice des dividendes est un résident, et cela conformément à la législation dudit Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

a) 15 p. 100 du montant brut des dividendes si la personne qui les perçoit est une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement 10 p. 100 au moins du capital de la société distributrice des dividendes;

b) 20 p. 100 du montant brut des dividendes dans tous les autres cas.

Les dispositions du présent paragraphe sont sans effet sur l'imposition de la société au titre des bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

3. Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne :

a) Les dividendes provenant d'actions, y compris les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires, à l'exception des créances et participations aux bénéfices, ainsi que

b) Les autres revenus que la législation fiscale de l'Etat dont la société distributrice est un résident assimile aux revenus d'actions et, aux fins de l'imposition dans l'Etat contractant considéré, les revenus qu'un commanditaire (*stiller Gesellschafter*) reçoit en cette qualité et les sommes distribuées au titre de parts de fonds ou de sociétés d'investissements.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne sont pas applicables si le bénéficiaire des dividendes qui est un résident d'un Etat contractant a, dans l'autre Etat contractant dont la société distributrice des dividendes est un résident, un établissement stable auquel se rattache effectivement la participation génératrice des dividendes. En pareil cas, ce sont les dispositions de l'article 7 qui s'appliquent.

5. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les revenus provenant de droits ou de créances ouvrant participation aux bénéfices, y compris dans la République fédérale d'Allemagne les revenus qu'un commanditaire (*Stiller Gesellschafter*) reçoit en cette qualité ou au titre d'une *partiarisches Darlehen* ou de *Gewinnobligationen*, qui sont déductibles dans le calcul des bénéfices du débiteur sont

imposables dans l'Etat contractant où ils ont leur source conformément à la législation de cet Etat.

### *Article 11*

#### INTÉRÊTS

1. Les intérêts provenant d'un Etat contractant et payés à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces intérêts sont aussi imposables dans l'Etat contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet Etat, mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 15 p. 100 du montant brut des intérêts.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, les intérêts provenant :

a) De la République fédérale d'Allemagne et payés au Gouvernement de la République de Turquie ou à la Banque centrale de Turquie (Turkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi) sont exonérés de l'impôt allemand;

b) De la République de Turquie et payés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ou à l'un de ses Länder ou à la Deutsche Bundesbank ou à la Kreditanstalt für Wiederaufbau sont exonérés de l'impôt turc.

4. Aux fins du présent article, le terme « intérêts » désigne le revenu des valeurs, obligations ou effets émis par l'Etat, assortis ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices, et des créances de toute nature, ainsi que tous autres revenus que la législation fiscale de l'Etat contractant où ils ont leur source assimile aux revenus de sommes prêtées, mais il ne s'applique pas aux revenus visés à l'article 10.

5. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne sont pas applicables si le bénéficiaire des intérêts qui est résident de l'un des Etats contractants a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les intérêts, un établissement stable auquel se rattache effectivement la créance génératrice des intérêts. En pareil cas, ce sont les dispositions de l'article 7 qui s'appliquent.

6. Les intérêts sont réputés provenir d'un Etat contractant si le débiteur est cet Etat lui-même ou un Etat (Land), une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident dudit Etat contractant. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un Etat contractant, a, dans un Etat contractant, un établissement stable pour les besoins duquel l'emprunt productif des intérêts a été contracté et qui supporte la charge de ces intérêts, lesdits intérêts sont réputés provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

7. Si, par suite des relations particulières existant entre le débiteur et le créancier, ou entre eux et une tierce personne, le montant des intérêts versés, eu égard à la créance au titre de laquelle ils sont versés, excède le montant dont le débiteur et le créancier seraient convenus en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. En pareil cas, la partie excédentaire des paiements demeure imposable conformément à la législation de chaque Etat contractant, compte dûment tenu des autres dispositions de la présente Convention.

## Article 12

### REDEVANCES

1. Les redevances provenant d'un Etat contractant et payées à un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Toutefois, ces redevances sont aussi imposables dans l'Etat contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet Etat; mais l'impôt ainsi établi ne peut excéder 10 p. 100 du montant brut des redevances.

3. Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage ou la vente d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, ou les films ou bandes utilisés pour les émissions radio-phoniques ou télévisées, d'un brevet, d'une marque de fabrication ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique et pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire des redevances qui est résident de l'un des Etats contractants a, dans l'autre Etat contractant d'où proviennent les redevances, un établissement stable auquel se rattache effectivement le droit ou le bien qui les produit. En pareil cas, ce sont les dispositions de l'article 7 qui s'appliquent.

5. Les redevances sont réputées provenir d'un Etat contractant si le débiteur est cet Etat lui-même, un Etat (Land), une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet Etat. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident de l'un des Etats contractants, a dans l'un des Etats contractants un établissement stable pour les besoins duquel l'obligation de verser des redevances a été contractée et qui supporte la charge de ces redevances, lesdites redevances sont réputées provenir de l'Etat contractant où l'établissement stable est situé.

6. Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tierces personnes, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque Etat contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

## Article 13

### GAINS EN CAPITAL

1. Les gains provenant de l'aliénation de biens immobiliers, au sens du paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention, sont imposables dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans

l'autre Etat contractant, ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre Etat.

3. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 et 2 ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont le cédant est un résident. Toutefois, les gains en capital dont il est fait mention à la phrase précédente provenant de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat si le délai écoulé entre leur acquisition et leur aliénation n'excède pas un an.

#### *Article 14*

##### PROFESSIONS INDÉPENDANTES

1. Les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'exercice d'une profession libérale ne sont imposables que dans cet Etat à moins que l'intéressé n'exerce de telles activités dans l'autre Etat contractant. En pareil cas, les revenus sont imposables dans l'autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent article, les revenus qu'un résident d'un Etat contractant tire de l'exercice d'une profession libérale dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat :

a) Si la durée du séjour ou des séjours de l'intéressé dans l'autre Etat n'excède pas 183 jours au total au cours de l'année civile considérée; et

b) Si les rémunérations sont payées par une personne ou au nom d'une personne qui n'est pas résidente de l'autre Etat; et

c) Si la charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que la personne qui les verse a dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, les revenus qu'une entreprise de la République fédérale d'Allemagne tire de prestations de services spécialisés ne sont imposables qu'en République fédérale d'Allemagne, sauf si ces services sont fournis dans la République de Turquie et :

a) La personne qui les perçoit séjourne dans la République de Turquie pendant une ou plusieurs périodes excédant au total 183 jours au cours de l'année civile considérée; ou

b) La charge de la rémunération est supportée par un établissement stable ou une base fixe qu'une personne qui n'est pas un résident de la République de Turquie a dans la République de Turquie.

4. Si ces activités sont ainsi exercées, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans la République de Turquie conformément aux dispositions de l'article 7. Dans ce cas, la République de Turquie peut retenir un impôt à la source sur les revenus tirés de prestations de services spécialisés, comme elle est habilitée à le faire en vertu des dispositions précédentes. Toutefois, la personne que les perçoit a le droit d'opter pour une imposition calculée sur la base de l'ensemble de ses revenus conformément aux dispositions précédentes à la fin de l'année fiscale considérée. Les autorités compétentes des Etats contractants règlent d'un commun accord les modalités d'application de ces dispositions.

5. L'expression « profession libérale » comprend notamment les activités indépendantes, d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique,

ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes, comptables et d'autres activités exigeant une qualification professionnelle particulière.

### *Article 15*

#### PROFESSIONS DÉPENDANTES

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18, 19 et 20, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables que dans cet Etat, à moins que l'emploi ne soit exercé dans l'autre Etat contractant. Si l'emploi y est exercé, les rémunérations reçues à ce titre sont imposables dans cet autre Etat.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant ne sont imposables que dans le premier Etat si :

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre Etat pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours de l'année fiscale considérée, et

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre Etat, et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre Etat.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire, d'un aéronef ou d'un véhicule routier exploité en trafic international sont imposables dans l'Etat contractant où le siège social légal de l'entreprise est situé.

### *Article 16*

#### TANTIÈMES ET AUTRES RÉMUNÉRATIONS SIMILAIRES

1. Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un Etat contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

2. Les traitements, salaires et autres rémunérations similaires qu'un ou plusieurs résidents d'un Etat contractant reçoivent en leur qualité de responsables, conformément au droit commercial, de la direction générale des activités de la société qui est un résident de l'autre Etat contractant sont imposables dans cet autre Etat.

### *Article 17*

#### ARTISTES DU SPECTACLE ET SPORTIFS

1. Nonobstant les dispositions des articles 14 et 15, les revenus qu'un artiste du spectacle, tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou qu'un musicien, ou en tant que sportif, tire de ses activités personnelles sont imposables dans l'Etat contractant où ces activités sont exercées.

2. Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, dans l'Etat contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Toutefois, ces revenus ne sont pas imposables dans l'Etat qui est mentionné au premier paragraphe du présent article si les activités en question sont exercées principalement durant le séjour dans cet Etat d'un résident de l'autre Etat contractant lorsque ce séjour est financé directement ou indirectement par cet autre Etat, un de ses Lander ou l'une de ses subdivisions politiques, ou par une organisation qui est agréée dans cet autre Etat en tant qu'organisation charitable.

#### *Article 18*

##### PENSIONS

1. Les pensions et les autres rémunérations similaires payées à un résident d'un Etat contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet Etat. Cette disposition s'applique aussi aux rentes viagères payées à un résident d'un Etat contractant.

2. Les pensions et les autres rentes viagères payées et les autres allocations périodiques ou non qui sont versées par un Etat contractant, un Land ou une de leurs subdivisions politiques au titre d'une assurance individuelle accidents ne sont imposables que dans cet Etat.

#### *Article 19*

##### FONCTIONS PUBLIQUES

1. Sous réserve des dispositions de l'article 18, les rémunérations, y compris les pensions, payées par un Etat contractant ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales, soit directement soit par prélèvement sur des fonds qu'ils ont constitués, à une personne physique au titre de services rendus à cet Etat ou à cette subdivision ou collectivité dans l'accomplissement de fonctions de caractère public sont imposables dans cet Etat.

2. Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et aux pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un Etat contractant ou l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

#### *Article 20*

##### ENSEIGNANTS ET ÉTUDIANTS

1. Les sommes qu'un étudiant ou un stagiaire qui est un ressortissant d'un Etat contractant et séjourne temporairement dans l'autre Etat contractant à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais d'entretien, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans cet autre Etat, à condition qu'elles proviennent de sources situées en dehors de cet autre Etat.

2. De même, les rémunérations qu'un professeur ou un enseignant qui est un ressortissant d'un Etat contractant et séjourne temporairement dans l'autre Etat contractant pendant une ou plusieurs périodes n'excédant pas deux ans à seule fin d'enseigner ou de mener des recherches scientifiques reçoit pour les services personnels qu'il a rendus au titre de cet enseignement ou de ces recherches sont exonérées d'impôt dans l'autre Etat à condition que ces rémunérations proviennent de sources situées en dehors de cet autre Etat.

3. Les rémunérations qu'un étudiant ou un stagiaire qui est un ressortissant d'un Etat contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre Etat contractant pendant une ou plusieurs périodes n'excédant pas 183 jours au cours d'une année civile afin d'acquérir une expérience pratique en rapport avec ses études ou sa formation ne sont pas imposables dans cet autre Etat.

### *Article 21*

#### AUTRES REVENUS

1. Les éléments de revenu provenant d'un Etat contractant qui ne sont pas traités dans les articles précédents de la présente Convention sont imposables dans cet Etat.

2. Les éléments de revenu ayant leur source en dehors des deux Etats contractants ne sont imposables que dans l'Etat contractant dont la personne qui reçoit les revenus en question est un résident.

### *Article 22*

#### FORTUNE

1. La fortune constituée par des biens immobiliers au sens du paragraphe 2 de l'article 6 est imposable dans l'Etat contractant où ces biens sont situés.

2. La fortune constituée par des biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant, ou par des biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un Etat contractant dispose dans l'autre Etat contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre Etat.

3. Les navires, aéronefs ou véhicules routiers exploités en trafic international par une entreprise d'un Etat contractant et les biens mobiliers affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs et véhicules routiers ne sont imposables que dans l'Etat contractant où est situé le siège social légal de l'entreprise.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un Etat contractant ne sont imposables que dans cet Etat.

### *Article 23*

#### ELIMINATION DE LA DOUBLE IMPOSITION DANS L'ETAT DE RÉSIDENCE

1. La double imposition des résidents de la République fédérale d'Allemagne est éliminée de la manière suivante :



a) Sous réserve de l'application des dispositions de l'alinéa *b*, tout élément de revenu provenant de sources situées dans la République de Turquie et tout élément de fortune situé dans la République de Turquie qui, en vertu des articles précédents de la présente Convention, sont imposables ou ne sont imposables que dans la République de Turquie sont exclus de l'assiette de l'impôt allemand; aux fins de calcul du taux d'imposition applicable à tout élément de revenu ou de fortune qui n'est pas ainsi exclu, la République fédérale d'Allemagne peut toutefois faire entrer en ligne de compte les éléments de revenu et de fortune qui, en vertu des articles précédents, sont imposables dans la République de Turquie. Dans le cas des revenus provenant de dividendes, les dispositions précédentes du présent alinéa ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne par une société qui est un résident de la République de Turquie dont au moins 10 p. 100 des actions ouvrant droit de vote sont détenues par la première société. Est également exclue de l'assiette de l'impôt allemand toute participation au titre de laquelle les dividendes distribués, s'ils étaient versés, seraient exclus de l'assiette de l'impôt allemand, conformément à la disposition précédente du présent alinéa.

b) Sous réserve des dispositions de la législation fiscale allemande relative à la déduction de l'impôt étranger, est admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu et sur les sociétés qui frappe les éléments de revenu ci-après ayant leur source dans la République de Turquie l'impôt turc payé en application de la législation de la République de Turquie et conformément aux dispositions de la présente Convention :

- aa) Les dividendes tels qu'ils sont définis à l'article 10 auxquels l'alinéa *a* ne s'applique pas;
- bb) Les intérêts tels qu'ils sont définis à l'article 11 et les redevances telles qu'elles sont définies à l'article 12;
- cc) Les gains provenant de l'aliénation de biens imposables dans la République de Turquie en vertu du paragraphe 3 de l'article 13;
- dd) Le revenu imposable dans la République de Turquie en vertu de l'article 14;
- ee) Les sommes mentionnées au paragraphe 1 de l'article 19 versées à un ressortissant de la République fédérale d'Allemagne;
- ff) Les revenus tels qu'ils sont définis au paragraphe 3 de l'article 15 et aux articles 16, 17 et 18 et au paragraphe 1 de l'article 21.

Toutefois, la déduction ne peut excéder la fraction de l'impôt allemand, calculé avant déduction correspondant à ces éléments de revenu.

c) Lorsqu'une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne distribue des revenus provenant de sources situées dans la République de Turquie, l'alinéa *a* n'empêche pas l'application d'une imposition compensatoire de l'impôt sur les sociétés frappant ces distributions conformément aux dispositions de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne.

d) Lorsque les dividendes, intérêts et redevances visés à l'alinéa *b* sont imposés en vertu de mesures spéciales introduites dans la législation turque dans le but de promouvoir le développement économique de la République de Turquie à des taux d'imposition qui sont réduits à moins de 10 p. 100, il est admis dans les conditions prévues à l'alinéa *b* une déduction de l'impôt payé dans la République fédérale d'Allemagne sur ces revenus d'un montant égal à au moins 10 p. 100 du montant brut

de ces revenus. Toutefois, la déduction ne peut excéder l'impôt payé dans la République fédérale d'Allemagne si ces mesures n'avaient pas été appliquées.

2. La double imposition des résidents de la République de Turquie est éliminée de la manière suivante :

*a)* Sous réserve de l'application des dispositions de l'alinéa *b*, tout élément de revenu provenant de sources situées dans la République fédérale d'Allemagne et tout élément de fortune situé dans la République fédérale d'Allemagne qui, en vertu des articles précédents de la présente Convention, sont imposables ou ne sont imposables que dans la République fédérale d'Allemagne sont exclus de l'assiette de l'impôt turc; aux fins du calcul du taux d'imposition applicable à tout élément de revenu ou de fortune qui n'est pas ainsi exclu, la République de Turquie peut toutefois faire entrer en ligne de compte les éléments de revenu et de fortune qui, en vertu des articles précédents, sont imposables dans la République fédérale d'Allemagne. Dans le cas des revenus provenant de dividendes, les dispositions précédentes du présent alinéa ne s'appliquent qu'aux dividendes versés à une société qui est un résident de la République de Turquie par une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne dont au moins 10 p. 100 des actions ouvrant droit de vote sont détenues par la première société.

*b)* Sous réserve des dispositions de la législation fiscale turque relative à la déduction de l'impôt étranger, est admis en déduction de l'impôt turc sur le revenu et sur les sociétés qui frappe les éléments de revenu ci-après ayant leur source dans la République fédérale d'Allemagne l'impôt allemand payé en application de la législation de la République fédérale d'Allemagne et conformément aux dispositions de la présente Convention :

- aa)* Les dividendes tels qu'ils sont définis à l'article 10 auxquels ne s'applique pas l'alinéa *a*;
- bb)* Les intérêts tels qu'ils sont définis à l'article 11 et les redevances telles qu'elles sont définies à l'article 12;
- cc)* Les gains provenant de l'aliénation de biens imposables dans la République fédérale d'Allemagne en vertu du paragraphe 3 de l'article 13;
- dd)* Le revenu imposable dans la République fédérale d'Allemagne en vertu de l'article 14;
- ee)* Les sommes visées au paragraphe 1 de l'article 19 versées à un ressortissant de la République de Turquie;
- ff)* Les revenus tels qu'ils sont définis au paragraphe 3 de l'article 15 et aux articles 16, 17 et 18 et au paragraphe 1 de l'article 21.

Toutefois, la déduction ne peut excéder la fraction de l'impôt turc, calculé avant déduction, correspondant à ces éléments de revenu.

*c)* Lorsqu'une société qui est un résident de la République de Turquie distribue des revenus provenant de sources situées dans la République fédérale d'Allemagne, l'alinéa *a* n'empêche pas l'application d'une imposition compensatoire de l'impôt sur les sociétés frappant ces distributions conformément aux dispositions de la législation fiscale de la République de Turquie.

*d)* Lorsque les dividendes, intérêts et redevances visés à l'alinéa *b* sont imposés en vertu de mesures spéciales introduites dans la législation allemande dans le but de promouvoir le développement économique de la République fédérale d'Alle-

magne à des taux d'imposition qui sont réduits à moins de 10 p. 100, il est admis dans les conditions prévues à l'alinéa *b* une déduction de l'impôt payé dans la République de Turquie sur ces revenus d'un montant égal à au moins 10 p. 100 du montant brut de ces revenus. Toutefois, la déduction ne peut excéder l'impôt payé dans la République fédérale d'Allemagne si ces mesures n'avaient pas été appliquées.

#### *Article 24*

##### NON-DISCRIMINATION

1. Les ressortissants d'un Etat contractant ne sont soumis dans l'autre Etat contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujettis les ressortissants de cet autre Etat qui se trouvent dans la même situation.

2. L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un Etat contractant a dans l'autre Etat contractant n'est pas établie dans cet autre Etat d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre Etat qui exercent les mêmes activités.

3. Les entreprises d'un Etat contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre Etat contractant, ne sont soumises dans le premier Etat à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou pourront être assujetties les autres entreprises similaires du premier Etat.

4. Les dispositions du présent article ne peuvent être interprétées comme obligeant un Etat contractant à accorder aux résidents de l'autre Etat contractant des déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

#### *Article 25*

##### PROCÉDURE AMIABLE

1. Lorsqu'un résident d'un Etat contractant estime que les mesures prises par un Etat contractant ou par les deux Etats contractants entraînent ou entraîneront pour lui une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, il peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces Etats, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'Etat contractant où il réside.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre Etat contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la présente Convention.

3. Les autorités compétentes des Etats contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par la Convention. Elles peuvent en particulier se concerter pour s'efforcer de parvenir :

a) De la même imputation des bénéfices industriels ou commerciaux à une entreprise d'un Etat contractant et à son établissement stable situé dans l'autre Etat;

b) De la même répartition de bénéfices entre des entreprises apparentées comme le prévoit l'article 9; ou

c) De la même détermination de la source des éléments particuliers de revenu.

4. Les autorités compétentes des Etats contractants peuvent se concerter directement pour aboutir à un accord dans les conditions définies aux paragraphes précédents.

5. Les ressortissants d'un Etat contractant exerçant des activités salariées dans l'autre Etat contractant peuvent, pour régler leur problèmes d'imposition, demander l'assistance de fonctionnaires envoyés par un organisme agréé de leur Etat d'origine dans l'autre Etat contractant; les pouvoirs et les responsabilités de ces organismes et de ces fonctionnaires seront déterminés conformément aux dispositions légales de l'autre Etat contractant. Si les activités en question sont soumises à une autorisation officielle dans l'autre Etat contractant, elles ne pourront être accomplies qu'en coopération avec des personnes ou autorités habilitées en vertu de la législation de l'autre Etat contractant à exercer ces activités.

#### Article 26

##### ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS

1. Les autorités compétentes des Etats contractants se communiqueront les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions de la présente Convention et des législations internes des Etats contractants concernant les impôts visés par la présente Convention dans la mesure où l'imposition qu'elles prévoient est conforme aux dispositions de la présente Convention. Les renseignements ainsi échangés seront tenus secrets et ne seront pas communiqués au public, mais le seront uniquement aux personnes ou autorités chargées d'asseoir ou de recouvrer les impôts qui font l'objet de la présente Convention, ainsi que d'entamer les poursuites ou de se prononcer sur les recours auxquels ils donnent lieu, ainsi qu'aux autorités judiciaires dans le cadre de procédures pénales engagées au sujet de ces impôts.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à l'un des Etats contractants l'obligation :

a) De prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre Etat contractant;

b) De fournir des renseignements qui ne pourront être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre Etat contractant;

c) De fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

#### Article 27

##### PRIVILÈGES DIPLOMATIQUES ET CONSULAIRES

Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les membres d'une mission diplomatique, d'un poste con-

sulaire ou d'une organisation internationale en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

#### Article 28

##### « LAND BERLIN »

La présente Convention s'applique également au *Land Berlin* à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne signifie le contraire au Gouvernement de la République de Turquie dans les trois mois qui suivent l'entrée en vigueur de la présente Convention

#### Article 29

##### ENTRÉE EN VIGUEUR

1. La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussitôt que possible.

2. La présente Convention entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification et ses dispositions seront applicables :

a) Dans la République de Turquie, aux impôts afférents à toute année d'imposition commençant le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle de l'entrée en vigueur de la Convention ou à une date ultérieure;

b) Dans la République fédérale d'Allemagne, aux impôts afférents à toute année d'imposition commençant le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle de l'entrée en vigueur de la Convention ou à une date ultérieure.

3. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, les dispositions de l'article 8 de l'Accord concernant la navigation maritime et aérienne s'appliqueront :

a) Aux impôts assis sur les revenus acquis après le 1<sup>er</sup> janvier 1983; et

b) Au paiement d'impôts non encore recouverts assis sur les revenus acquis jusqu'au 1<sup>er</sup> janvier 1983.

#### Article 30

##### DÉNONCIATION

1. La présente Convention restera indéfiniment en vigueur.

2. Après le 1<sup>er</sup> janvier de la troisième année suivant celle de la ratification de la présente Convention, chacun des Etats contractants pourra dénoncer la présente Convention en adressant par la voie diplomatique une notification de dénonciation durant les six premiers mois de toute année civile. Dans ce cas, la Convention cessera d'être applicable :

a) Dans la République de Turquie, aux impôts afférents à toute année d'imposition commençant le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle au cours de laquelle la dénonciation aura été notifiée ou après cette date;

b) Dans la République fédérale d'Allemagne, aux impôts afférents à toute année d'imposition commençant le 1<sup>er</sup> janvier de l'année suivant celle au cours de laquelle la dénonciation aura été notifiée ou après cette date.

## PROTOCOLE

Lors de la signature de la Convention entre la République de Turquie et la République fédérale d'Allemagne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et la fortune, les soussignés sont convenus que les dispositions suivantes font partie intégrante de la Convention.

1. *En ce qui concerne les paragraphes 4 et 5 de l'article 5*

Il est entendu qu'un agent indépendant ne perd pas son statut d'agent indépendant du simple fait qu'il détient un stock de marchandises sur lequel il prélève des marchandises aux fins de livraison pour le compte d'une entreprise dans des conditions normales entre entreprises indépendantes.

2. *En ce qui concerne le paragraphe 1 de l'article 7*

Il est entendu que lorsqu'une entreprise d'un Etat contractant a un établissement stable dans l'autre Etat et que l'entreprise

a) Effectue des ventes dans cet autre Etat de marchandises identiques ou similaires à celles vendues par l'intermédiaire de cet établissement stable, ou

b) Exerce d'autres activités commerciales ou industrielles dans cet autre Etat identiques ou similaires à celles exercées dans cet établissement stable

les ventes et les activités commerciales ou industrielles sont imposables dans cet autre Etat contractant au titre des bénéfices de l'établissement stable dans la mesure où ces ventes ou activités ont été entreprises par l'intermédiaire de l'établissement stable; l'application de cette imposition ne peut être exclue par des accords de vente artificiels.

3. *En ce qui concerne les paragraphes 1 et 2 de l'article 7*

Il est entendu que

a) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent Protocole, lorsqu'une entreprise d'un Etat vend des marchandises ou exerce des activités individuelles ou commerciales dans l'autre Etat par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, les bénéfices de cet établissement stable sont calculés non pas sur la base de la totalité des sommes reçues par l'entreprise, mais exclusivement sur la base de la rémunération attribuable à l'activité proprement dite de l'établissement stable au titre des ventes ou des activités considérées;

b) S'agissant de contrats en vue de l'étude préalable, de la fourniture, de l'installation ou de la construction de matériels ou de locaux industriels, commerciaux, scientifiques ou de travaux publics, quand l'entreprise dispose d'un établissement stable, les bénéfices de ce dernier sont calculés non sur la base de la totalité des sommes prévues au contrat mais uniquement sur la base de la partie du contrat qui est effectivement exécutée par l'établissement stable dans l'Etat où il est situé. Les bénéfices liés à la partie du contrat qui est exécutée par le siège social légal de l'entreprise ne sont imposables que dans l'Etat dont l'entreprise est un résident.

4. *En ce qui concerne le paragraphe 3 de l'article 7*

Aux fins du calcul des bénéfices d'un établissement stable, ne peuvent être admis en déduction les paiements au titre des intérêts, des redevances, des commissions et les autres versements similaires au profit de l'entreprise elle-même ou d'un autre établissement stable aux fins de répartir l'ensemble ou une partie des pertes ou

des dépenses de l'entreprise elle-même ou d'autres établissements stables situés à l'étranger. Toutefois, l'établissement stable peut, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 7 de la présente Convention, déduire les intérêts, les redevances, les commissions ou d'autres paiements similaires (y compris les frais de recherche et de développement) engagés dans le cadre des activités de l'établissement stable.

5. *En ce qui concerne l'article 12*

Il est entendu que les rémunérations au titre de l'exercice d'une profession indépendante (y compris les prestations de services) ne constituent pas des redevances au sens du paragraphe 3 de l'article 12.

6. *En ce qui concerne l'article 15*

Lorsque les services de travailleurs sont loués par une entreprise de main-d'œuvre spécialisée telle qu'elle est définie dans la législation d'un Etat contractant ou par une personne réputée être équivalente à une telle entreprise (l'intermédiaire) à une autre entreprise (le bénéficiaire effectif), ces travailleurs sont considérés, aux fins de la présente Convention, comme des salariés du bénéficiaire effectif et non de l'intermédiaire.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Bonn, le 16 avril 1985, en deux exemplaires en allemand, en turc et en anglais, les trois textes faisant également foi. En cas de divergences d'interprétation entre les textes allemand et turc, le texte anglais prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

Dr. ANDREAS MEYER-LANDRUT

Dr. HANSJÖRG HÄFELE

Pour la République de Turquie :

MESUT YILMAZ

## ÉCHANGE DE NOTES

## I

## LE SECRÉTAIRE D'ÉTAT AUX AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 6 juillet 1989

Monsieur l'Ambassadeur,

Aux fins de garantir l'application et l'interprétation de la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Turquie tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune en date du 16 avril 1985, j'ai l'honneur de vous soumettre, au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, la proposition suivante d'arrangement relatif aux modalités d'application du paragraphe 5 de l'article 2 de la Convention :

« 1. Le paragraphe 5 de l'article 25 est destiné à faciliter, par des mesures à caractère général, la sauvegarde des droits des ressortissants d'un Etat contractant exerçant des activités salariées dans l'autre Etat contractant lors de la procédure d'imposition des deux Etats contractants. Ces ressortissants pourront, à cet effet, demander l'assistance de fonctionnaires envoyés exclusivement à cette fin par un organisme agréé d'un Etat dans l'autre Etat. Cela ne restreint en aucun cas le droit de ces ressortissants, pour régler leurs problèmes d'imposition dans l'autre Etat contractant, de décider librement d'avoir personnellement recours à un conseiller fiscal qualifié et indépendant.

2. Lorsque ces ressortissants demandent l'assistance de ces fonctionnaires pour régler leurs problèmes d'imposition dans l'autre Etat, les pouvoirs et les responsabilités de ces fonctionnaires seront déterminés conformément aux dispositions de la législation de l'autre Etat. Lorsque l'assistance en matière de problèmes d'imposition est soumise à une autorisation officielle dans l'autre Etat, elle ne pourra être accordée que par une personne ou un organisme détenant une telle autorisation et s'engageant à donner des conseils fiscaux valables.

3. Lorsque les ressortissants d'un Etat contractant demandent l'assistance de ces fonctionnaires pour régler leurs problèmes d'imposition dans cet Etat contractant, les dispositions du paragraphe 2 du présent Arrangement ne seront pas applicables.

4. Les dispositions du présent Arrangement n'affectent en aucun cas les activités des missions diplomatiques et consulaires.

5. Si l'application des dispositions du paragraphe 5 de l'article 25 de la Convention ou du présent Arrangement suscite des difficultés dans des cas spécifiques, les autorités compétentes se consulteront afin de résoudre ces difficultés conformément au paragraphe 3 de l'article 25 de la Convention.

6. Le présent Arrangement s'applique également au *Land Berlin* à moins que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ne signifie le contraire au Gouvernement de la République de Turquie dans les trois mois qui suivent la date d'entrée en vigueur du présent Arrangement.

7. Le présent Arrangement n'est pas applicable avant l'entrée en vigueur de la Convention de base.



8. Le présent Arrangement est rédigé en allemand, turc et anglais, tous ces textes faisant également foi. En cas de divergences d'interprétation entre les textes allemand et turc, le texte anglais prévaudra.

Si les propositions faites aux points 1 à 8 sont susceptibles de rencontrer l'agrément du Gouvernement de la République de Turquie, la présente note et la réponse de votre gouvernement en ce sens constitueront un Arrangement entre nos deux gouvernements faisant partie intégrante de la Convention et entrant en vigueur avec celle-ci. »

Veillez agréer, etc.

LAUTENSCHLAGER

Son Excellence M. Reşat Arim  
Ambassadeur de la République de Turquie  
Bonn

## II

## AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE

Bonn, le 6 juillet 1989

Monsieur le Secrétaire d'Etat,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre note en date de ce jour proposant au nom de votre gouvernement la conclusion d'un Arrangement entre le Gouvernement de la République de Turquie et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dont la teneur est la suivante :

[Voir note I]

Les propositions contenues dans votre note rencontrent l'agrément de mon gouvernement. Votre note et la présente réponse constituent par conséquent un Arrangement entre nos deux gouvernements entrant en vigueur conjointement avec la Convention.

Veillez agréer, etc.

REŞAT ARIM  
Ambassadeur

Son Excellence Monsieur Hans Werner Lautenschlager  
Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères  
Bonn

---